:antifaschistische nachrichten

Nr. 24

g 3336 1.12.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

NPD-Jugendorganisation JN lädt verurteilten Rechtsterroristen ein

Leipzig. Karl-Heinz Hoffmann, Gründer der berüchtigten „Wehrsportgruppe Hoffmann“, hat sich für Samstag, den 26.11.2011 in Leipzig angesagt. Auf Einladung der Jugendorganisation JN will er in diesem Rahmen über die Wehrsportgruppe Hoffmann, den staatlichen Umgang mit dieser terroristischen Gruppe und weitere Themen referieren.[1] Ein Veranstaltungsort wird nicht öffentlich angekündigt, denkbar ist jedoch, dass es sich dabei um das NPD-Zentrum in der Odermannstraße 8 handelt.

Karl-Heinz Hoffmann gründete die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ im Jahr 1973, war deren Ideengeber und Führungsfigur. Die militante neonazistische Gruppe, die 1980 verboten wurde, war in dieser Zeit u.a.für Saalschutz bei NPD und DVU-Veranstaltungen zuständig, tat sich vor allem aber in Gewaltausübung gegen politische Gegner hervor. Hoffmanns Vize Uwe Behrend erschoss 1980 den jüdischen Verleger Shlomo Levin und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke. Der Täter des Oktoberfestattentats 1980, bei dem 13 Menschen zu Tode kamen, wird ebenfalls mit der Wehrsportgruppe Hoffmann in Verbindung gebracht. Seit 2004 ist Hoffmann Besitzer eines ehemaligen Rittergutes in Kohren-Sahlis (Landkreis Leipzig). In jüngerer Vergangenheit referierte er des Öfteren bei neonazistischen Veranstaltungen, u.a. des „Freien Netzes“.[2]

Juliane Nagel, Stadträtin der LINKEN in Leipzig erklärt dazu: „Ein weiteres Mal zeigt die NPD wessen Geistes Kind sie ist. Mit Karl-Heinz Hoffmann hat sich der NPD-Nachwuchs einen verurteilten Rechtsterroristen eingeladen. Vor dem Hintergrund der aktuellen, überaus erschreckenden Ereignisse um die rechtsterroristische Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ ist diese Veranstaltung ein Affront, ein Affront gegen Opfer rechter Gewalt sowie gegen die zehn ermordeten Menschen, die dem „NSU“ zugeschrieben werden, deren Hinterbliebene

Aus dem Inhalt:

Neofaschismus endlich konseqent bekämpfen – V-Leute abschaffen . . 5

...und die Behörden schauen zu . . . 8

München. Am 19.11.2011 fand in München kurzfristig eine Kundgebung und Demonstration unter dem Motto „Gegen die Nazimörder und ihre Komplizen vom Verfassungsschutz“ statt, an der sich über 300 Menschen Beteiligten

Sächsischer Landtag debattiert Rechtsterror

In einer nicht-öffentlichen Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Sächsischen Landtags hat sich am Montag, 22.11. Geheimdienstchef Reinhard Boos den Fragen des fünfköpfigen Gremiums gestellt und noch einmal bekräftigt, was der Sächsische Verfassungsschutz bereits am 9. November offiziell mitgeteilt hatte: Demnach habe die Behörde „keine Kenntnisse“ zu den Aufenthaltsorten der mutmaßlichen Mitglieder einer rechten Terrorzelle in Zwickau gehabt und darüber hinaus über keine Informationen dazu verfügt, „dass staatliche Stellen mit den Tatverdächtigen zusammengearbeitet haben“. Auch sei das Trio und dessen Umfeld weder direkt noch indirekt unterstützt worden.

Der Vorsitzende der Kontrollkommission, Günther Schneider (CDU), bestätigte gegenüber der Presse Ermittlungsdefizite der staatlichen Behörden und zeigte sich beschämt über das Ausmaß des jahrelangen rechten Terrors. Die sächsische Verfassungsschutzbehörde sei von Januar 1998 bis Januar 2002 in die Fahndung nach den drei mutmaßlichen Rechtsterroristen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt eingebunden gewesen, habe jedoch zu keinem Zeitpunkt Kenntnis von Versteck und Verbleib des Trios besessen, so Schneider weiter.

Kritik kam aus den Reihen der Opposition. Der Grünen Politiker Miro Jennerjahn zeigte sich bestürzt über die „zur Schau gestellte Ahnungslosigkeit des sächsischen Verfassungsschutzes“ und rief Innenminister Ulbig dazu auf, den parlamentarischen Innenausschuss „umfassend über die Erkenntnisse und Versäumnisse bei den Ermittlungsbehörden zu informieren“. Rico Gebhardt von der LINKEN forderte angesichts der schweren Ermittlungspannen die „Einstellung aller Verfahren gegen friedliche Nazigegner“ wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. In seinen Augen seien Verfahren gegen diejenigen, „die sich völlig friedlich dem demonstrativen Auftreten der Vorfeldorganisationen von Nazi-Netzwerken entgegenstellen“ nicht hinnehmbar. Bereits am vergangenen Dienstag hatte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, André Hahn, von der Staatsregierung eine Untersuchung durch eine „unabhängige Kommission“ und „die Abgabe einer Regierungserklärung zum zehnjährigen unbehelligten Untertauchen der Nazi-Terrorzelle in Sachsen“ verlangt. Die SPD-Politikerin Sabine Friedel erinnerte an den Aufwand der Ermittlungsbehörden anlässlich der Ereignisse vom 19. Februar 2011 und fragte, was „solch ein Eifer auf anderem Gebiet hätte verhindern können?“

weiter Seite 2

Auch zivilgesellschaftliche Initiativen schlossen sich der Kritik aus den Reihen der Oppositionsparteien an. Die Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsens e.V., Grit Hanneforth, warf staatlichen Institutionen vor, „Hinweise aus der Zivilgesellschaft nicht ernst genug genommen [zu haben]“. So sei zu lange nach links und rechts geschaut und dabei „aber nicht auf Entwicklungen in der Mitte der Gesellschaft geachtet [worden], in der es einen Nährboden für Rechtsextremismus gebe“. Die Amadeo Antonio Stiftung verwies auf die „182 Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt seit 1990“ und forderte die Bundesregierung auf, die Zivilgesellschaft in Zukunft zu ermutigen und nicht in ihrem Handeln zu behindern. Die Vorsitzende der Stiftung, Anetta Kahane, rief dazu auf, zugewanderte Menschen endlich „als gleichwertige Mitglieder der deutschen Gesellschaft zu behandeln“ und die „Verharmlosung rechtsextremistischer Aktivitäten“ durch staatliche Behörden zu beenden. Christian Demuth, der Vorsitzende des Dresdner Bündnisses Bürger.Courage, forderte eine „schnelle Aufklärung über den Rechtsterrorismus“ und kritisierte die Staatsregierung für ihre umfassenden Ermittlungen nach den erfolgreichen Blockaden in diesem Jahr in Dresden, während „gleichzeitig eine Nazi-Terrorgruppe scheinbar unbehelligt in Zwickau“ lebte.

Der innenpolitische Sprecher der sächsischen CDU, Volker Bandmann, setzte sich für eine „lückenlose Aufklärung“ ein und sprach sich zugleich für eine finanzielle Entschädigung von Angehörigen der Opfer aus. Der Forderung nach einer Abschaffung des Verfassungsschutzes erteilte er eine Absage und verwies dazu ausgerechnet auf die bevorstehenden Ermittlungsergebnisse „klassischer Polizei- und Geheimdienstarbeit“.

In einer Pressemitteilung der Partei zu den Taten der Naziterrorgruppe zeigte sich der Zwickauer Bundestagsabgeordnete Michael Luther (CDU) schockiert und verurteilte „jede Form von extremistischer Ausgrenzung und Gewalt“. Carsten Biesok, rechtspolitischer Sprecher des Koalitionspartners FDP und Mitglied des Kontrollgremiums, sprach sich für „eine klare Fehleranalyse“ und gegen „voreilige Schuldzuweisungen“ aus. Ähnliches kam auch vom rechtspolitischen Sprecher der CDU im Landtag, Marco Schiemann, der wie Biesok „vor übereilten und unbegründeten Vorverurteilungen“ warnte. Eine

Bild von der DVD der Nazi-Terrorgruppe

Warnung, die für die mindestens zehn Todesopfer der Nazigruppe jedoch zu spät kommen dürfte.

Zuvor hatte sich Sachsens umstrittener Innenminister Markus Ulbig (CDU) in einem Interview mit der Leipziger Volkszeitung am Wochenende zum ersten Mal zur braunen Terrorzelle in Sachsen geäußert. Im Interview sprach er sich gegen einen Abzug der V-Leute aus der rechten Szene aus. So seien die Ermittlungserfolge mit beachtlichen Waffenfunden durch die Polizei in den 90er Jahren nur durch Hinweise von V-Leuten möglich gewesen. Dennoch räumte er ein, dass in Zukunft „die Qualitätsauswahl der V-Leute“ aus den Reihen der Nazis verbessert werden sollte. Er bestätigte, dass im Osten eine verfestigte militant-rechtsextremistische Szene existiert, welche „für die Behörden schwer zu fassen“ sei. Für staatliche Behörden im Bereich Polizei und Verfassungsschutz schloss er „jede Kumpanei aus“, stattdessen hätten, so Ulbig weiter, „alle staatlichen Institutionen [...] den Kampf gegen Rechtsextremismus sehr ernst genommen“. Der CDU-Politiker setzte sich als Ergebnis der folgenschweren Ermittlungspannen genauso wie CSU-Innenminister Hans-Peter Friedrich für eine „neu aufgestellte [...] Sicherheitsstruktur“ und damit eine umfassende Umstrukturierung der Verfassungsschutzbehörden ein.

Als Ergebnis einer ersten Sitzung des Kabinetts wurde eine Aufstockung der Gelder für das Programm „Weltoffenes Sachsen“ von zwei auf drei Millionen Euro im kommenden Jahr beschlossen. Im Anschluss an die Sitzung sprach Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) den Angehörigen der Mordopfer sein Beileid aus. Zuvor war Sachsens Ministerpräsident von Teilen der Opposition für sein fast zweiwöchiges langes Schweigen scharf kritisiert worden. …

Inzwischen wird davon ausgegangen, dass die Gruppe bis zu 20 Unterstützer gehabt haben soll, wovon einige mittlerweile schon inhaftiert worden sind.

Als erste Konsequenz aus den Ereignissen einigten sich die Justiz- und Innenminister von Bund und Ländern auf eine zentrale Datei zur Erfassung von Neonazis. Außerdem soll ein gemeinsames Abwehrzentrum Rechts geschaffen werden, an dem auch die Länder beteiligt werden.

Alternative Dresden News
addn.me, 22.11.2011 ■

Fortsetzung von Seite 1: JN lädt Rechtsterroristen ein

und die anderen von der Gewalt des Nazi-Trios Betroffenen.

Dass die NPD-Jugendorganisation JN hier als Veranstalterin auftritt, verwundert nicht. Sie weist große Schnittmengen zum so genannten „Freien Netz“, einem neonationalsozialistischen Netzwerk mit Schwerpunktaktionsfeld in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen auf.

Erst vor wenigen Wochen gelangten Teile der internen Kommunikation dieses Netzwerkes an die Öffentlichkeit.[3] Damit kann belegt werden, dass es sich beim „Freien Netz“ um eine organisierte Struktur handelt, die klare nationalsozialistische Positionen vertritt und vor Gewalt nicht zurückschreckt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es Kontakte von im „Freien Netz“ Aktiven vor allem aus Thüringen und dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ gegeben hat.

Ich fordere die zuständigen Behörden auf, vor diesem Hintergrund zu prüfen, ob die für den 26.11.2011 geplante Veranstaltung Karl-Heinz Hoffmann unterbunden werden kann. Mindestens aber muss der Veranstaltungsort öffentlich gemacht werden, damit sich Menschen gegebenenfalls schützen können.

Es ist außerdem an der Zeit zu ermitteln und offen zu legen, in welchem Verhältnis der sächsische Ableger des „Freien Netzes“ im Zusammenhang mit der Terrorgruppe „NSU“ stand und welche Erkenntnisse hiesigen Geheimdienststrukturen vorlagen und vorliegen. Mehrere Recherchen haben inzwischen Spuren nach Sachsen, insbesondere ins Erzgebirge und in den Raum Chemnitz/Zwickau, offen gelegt. Da das Nazizentrum in der Odermannstraße als ein zentraler Anlaufpunkt der sächsischen Naziszene gilt, sind auch hier mögliche Berührungspunkte zu prüfen.

PM Juliane Nagel, Stadträtin
DIE LINKE. Leipzig ■

(1) Website von Karl-Heinz-Hofmann http://karl-heinz-hoffmann.com/aktuell.html (eingesehen am 18.11.2011)
(2) siehe unter anderem chronik.LE http://www.chronikle.org/thema/karl-heinz-hoffmann (eingesehen am 18.11.2011)
(3) http://gamma.noblogs.org/fn-leaks (eingesehen am 18.11.2011)

„Nationalsozialistischer Untergrund" war im Erzgebirge offenbar gut vernetzt

Sachsen. Zu den jüngsten Erkenntnissen über sächsische Mitglieder und Unterstützer der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

„Wenn meine Informationen zutreffen, dass mindestens fünf Personen aus Johanngeorgenstadt der Terrorgruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund' (NSU) angehörten bzw. Unterstützer oder Mitwisser waren, dann bestätigen sich die bisherigen Verdachtsmomente auf ein eklatantes Versagen auch der sächsischen Sicherheitsorgane. Die Tatverdächtige Beate Z. soll als eines ihrer Pseudonyme den Namen einer jungen Frau aus Johanngeorgenstadt benutzt haben, die aus der gleichen rechten Clique kommt wie der Vermieter der Zwickauer Wohnung Matthias D.

Auch die in dem Tatkomplex NSU bereits genannten Zwillinge waren Mitglied derselben Gruppe in dem Erzgebirgsort. Einer der beiden soll gemeinsam mit seiner Ehefrau an der Produktion des Videos direkt beteiligt gewesen sein. Natürlich kommen Terroristen bei einem langjährigen Leben im Untergrund nicht ohne Unterstützer in der Region, in der sie leben, aus. Insofern können diese Verbindungen nicht überraschen. Überraschend, ja sogar bestürzend ist allerdings, dass diese Vorgänge über Jahre von Verfassungsschutz und Polizei nicht bemerkt worden sind. Das völlige Versagen des Verfassungsschutzes ist leider offensichtlich kein Thüringer Alleinstellungsmerkmal.

Da sich daneben auch der Verdacht auf Verbindungen des NSU zu Neonazis des so genannten „Freien Netzes" immer weiter verdichtet, ist es jetzt höchste Zeit, dass die Karten über Verbindungen des NSU in das sächsische Neonazi-Netzwerk von Innenminister Ulbig endlich offen gelegt werden. Diese Entwicklung mit dem Versagen des sächsischen Verfassungsschutzes unterstreicht gleichzeitig, dass der Vorschlag auf Zusammenlegung von Verfassungsschutzämtern unsinnig ist. Wenn ich eine Null mit einer anderen addiere, ist das Ergebnis wiederum Null."

PM Kerstin Köditz, 18.11.11 ■

NRW-Verfassungsschutz sah Thüringer Neonazis vor der Haustür nicht

Düsseldorf. Einen möglichen Hinweis auf die mangelnden Fähigkeiten des Verfassungsschutzes zur Beobachtung von Aktionen von Rechtsextremisten lieferte unfreiwillig der ehemalige NRW-Innenminister Fritz Behrens (SPD). An irgendwelche Hinweise auf Kontakte von Thüringer Neonazis nach NRW könne er sich nicht erinnern, erklärte er der Agentur dapd. „Entweder ist meinem Kollegen von der SPD ein solcher Hinweis nach all den Jahren entfallen", meint Anna Conrads, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW, „oder aber wir haben hier einen weiteren Fall von Versagen des Verfassungsschutzes."

Für den Beweis der Vernetzung ost- und westdeutscher Neonazis hätten die Verfassungsschützer des Bundesamtes in Köln-Chorweiler im Jahre 2002 „einfach nur aus dem Fenster gucken müssen", so Conrads. Auf einem vor einer Woche von der „Antifa Koordination Köln & Umland" veröffentlichten Foto aus der Amtszeit von Fritz Behrens sind Neonazis, ausgerüstet mit Springerstiefeln, Bomberjacken und einer Thüringen-Fahne, auf einer Demonstration der „Bürgerbewegung Pro Köln" am 9. März 2002 erkennbar (http://antifakoeln.blogsport.de/2011/11/16/buergerbewegung-pro-koeln-mit-kontakten-zur-thueringer-neonaziszene/). „Pikanterweise marschieren diese thüringischen Neonazis mit den befreundeten Rechtspopulisten direkt vor das Bundesamt für Verfassungsschutz, um gegen die Beobachtung von ‚Pro Köln' durch den Geheimdienst zu protestieren", erläutert Conrads. Doch dieser Vorfall erreichte Ex-Minister Behrens offenbar nicht.

„Bereits heute werden konservative Stimmen laut, die als Antwort auf die neofaschistische Terrorzelle neue Kompetenzen und Datensammlungen für die Geheimdienste fordern", sagte Conrads weiter. „Doch daran hapert es nicht, wie auch die Geschichte aus Köln-Chorweiler zeigt. Wenn der Blick aus dem Fenster schon zu viel ist, um rechte Strukturen und Organisationen zu beobachten, dann fehlt es nicht an den Kompetenzen, sondern am Willen."

Pressemitteilung DIE LINKE. Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen, 23.11.2011, www.linksfraktion-nrw.de ■

182 Tote – Amadeu Antonio Stiftung veröffentlicht neue Liste der Todesopfer

Seit der Wiedervereinigung im Oktober 1990 sind nach Recherchen der Redaktion Mut gegen rechte Gewalt und des Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung 182 Menschen durch die Folgen menschenfeindlicher Gewalt ums Leben gekommen. In der Liste befinden sich alle Fälle, für die nach Recherchen der Redaktion glaubhafte Hinweise auf einen rechtsextremen oder rassistischen Hintergrund vorlagen. Die Recherchen der Opferberatung ‚Opferperspektive' sowie der ZEIT und des Tagesspiegels sind in die Erstellung der Liste eingeflossen. „Mit den neu bekannt gewordenen Morden der Zwickauer Neonazis müssen wir von 182 Todesopfern sprechen. Diese Zahl zeigt die Dimension des Rechtsextremismus in Deutschland," so Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung. Noch immer gibt es eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Zahlen der Behörden und denen der Zivilgesellschaft. Diese beruht auf mangelndem Bewusstsein. Basierend auf den Einschätzungen der Polizei, zählt die Bundesregierung 47 Todesopfer seit 1990.

Oft waren die Täterinnen und Täter in rechtsextremen Gruppen organisiert und sind mit ihrer Tat einer menschenfeindlichen, rassistischen, homophoben oder obdachlosenfeindlichen Gesinnung gefolgt. Manchmal haben sie aber auf den ersten Blick keinen offensichtlichen rechtsextremen Hintergrund, sondern handelten auf der Grundlage einer rassistischen Einstellung oder eines rechtsextremen Weltbilds. Aufnahme in diese Liste fanden folglich alle Mordfälle, die nach gründlicher Sichtung der Quellen aus rechtsextremen und rassistischen Motiven erfolgten oder wenn plausible Anhaltspunkte für diese Annahme bestehen.

Ein solcher Fall ist auch der Mord an dem Namensgeber der Amadeu Antonio Stiftung. Amadeu Antonio wurde am 24. November 1990 in Eberswalde von einem Mob rassistischer Jugendlicher zu Tode geprügelt. Diese Tat löste bundesweit Bestürzung aus. Amadeu Antonio ist eines der ersten Todesopfer rechtsextremer Gewalt nach der Wiedervereinigung. Seit ihrer Gründung bemüht sich die Stiftung, die Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die vollständige Liste und Informationen zur Quellenlage:

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990/ ■

Munier sieht „akute Notsituation"

Kiel/Selent. Dietmar Munier vom einschlägig rechten „Arndt-Verlag" sieht sich in einer „akuten Notsituation". In einem Schreiben an Kunden des Verlags, der einen Buchdienst betreibt und die Zeitschriften „ZUERST!" und „Deutsche Militärzeitschrift" sowie das Wochenblatt „Der Schlesier" herausgibt, wirbt er um Spenden für einen „Fond Meinungsfreiheit". Infolge der juristischen Auseinandersetzungen, die der Verlag in den vergangenen Jahren geführt hatte, sei man „auf einem Riesenberg von Kosten" sitzengeblieben. Nach einem gewonnenen Gerichtsverfahren gegen die „Deutsche

Post“ 2010 sei man in einer Auseinandersetzung mit der „Commerzbank“ jetzt „in einer entscheidenden Phase“. Über 25 000 Euro habe diese bereits verschlungen, und weitere 25 000 stünden auf dem Spiel, so Munier. Ohne eine „stabile Kontoverbindung“ stehe man jedoch mit „dem Rücken zur Wand“. Doch „das Ringen um die historische Wahrheit und der Wunsch nach Fortbestand unseres Volkes und nach Freiheit für unser Vaterland“ ließen keine andere Wahl, und man müsse „diesen schweren Weg“ gehen. Versuche der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“, Bücher des Verlags zu indizieren, habe man in allen Fällen erfolgreich abwehren können. Aber auch diese Erfolge hätten viele Kosten hinterlassen. Daneben machen Behinderungen auf dem Zeitschriftenmarkt zu schaffen. So habe die Einkaufsabteilung der „Kaufland“-Einzelhandelskette, die mit „Lidl“ zur „Schwarz-Gruppe“ gehört, im August ihre Filialen aufgefordert, die Zeitschrift „ZUERST!“ aus dem Verkauf zu nehmen. Auch die „Nationalzeitung“ und „Der Landser“ seien davon betroffen gewesen. *hma* ■

Auftritt mit Folgen

Österreich/Graz. Der Auftritt von Thilo Sarrazin beim steirischen ÖVP-Bauernbund hat ein Nachspiel. Nach heftiger Kritik, auch aus der eigenen Partei, hat der Obmann des ÖVP-Bauernbundes, Fritz Grillitsch, seine sämtlichen Ämter in der Partei niedergelegt. Er behält nur sein Mandat im Parlament. *hma* ■

Gefängnis für Holocaust-Leugner

Neuss/Meerbusch. Joachim Schäfer (82), ehemaliger Co-Direktor des deutschen Gymnasiums in Tokyo, wurde Mitte September erneut wegen der Leugnung des Holocaust verurteilt. Das Amtsgericht Neuss entzog dem Wiederholungstäter seinen Computer und verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Schäfer, der nun nach einem Schlaganfall halbseitig gelähmt ist, war schon 2006 verurteilt worden, weil er in Texten, die er vor Düsseldorfer Schulen verteilt hatte, den Holocaust geleugnet hatte. Ein Jahr später, 2007, folgte eine weitere Verurteilung wegen des gleichen Delikts. *hma* ■

Schweigemarsch zum Gedenken an die mindestens zehn Opfer der rassistisch motivierten Mordserie

Hamburg. Am 19.11.2011 fand ein Schweigemarsch mit rund 800 Teilnehmerinnen statt. Zahlreiche Organisationen, unter anderem TGH Türkische Gemeinde in Hamburg e.V., Unternehmer ohne Grenzen e.V. und Laut gegen Nazis e.V. hatten dazu aufgerufen. In dem Aufruf hieß es: „Die Entsetzlichkeit dieser Morde ist vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und historischen Verantwortung umso niederschmetternder. Angesichts der Kontinuität terroristischer Aktivitäten von Rechtsextremisten über Jahrzehnte, appellieren wir ausnahmslos an alle Bürgerinnen und Bürger dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten!“ Während der begleitenden Kundgebung wurden Ansprachen von Hüseyin Yilmaz (Türkische Gemeinde Hamburg), Uwe Grund (DGB), Traute Springer-Yakar (VVN-BdA) und Jörn Menge (Laut gegen Nazis gehalten). Zentrale Forderungen der Veranstalter_innen sind:

Quelle CS

- dass alle Mordfälle schnellstmöglich aufgeklärt werden und alle Beteiligten zur Verantwortung gezogen werden,
- das Verbot von V-Leuten in der NPD, als Vorbedingung eines Verbots einer Partei, die zu Gewalttaten auffordert und
- die Durchführung einer systematischen und großangelegten Kampagne gegen Rechtsextremismus und Rassismus, die erklärend und präventiv wirken soll und auch Repressalien im Blick hat. Dabei müssen auch soziale Netzwerke und soziale Medien im Internet mit einbezogen werden. *Lokalberichte Hamburg* ■

Frankreichs Innenminister Claude Guéant gibt Marine Le Pen zur „Ausländerfrage“ ausdrücklich Recht

Frankreich. Dass es einen Wettlauf zwischen Konservativen und Rechtsextremen – welche sich teilweise um dieselbe Wählerschaft balgen – gibt, ist in Frankreich nichts Neues. Dass französische Konservative und Wirtschaftsliberale dabei auch Versatzstücke aus dem rechtsextremen politischen Diskurs übernehmen, ebenfalls nicht.

Unerhört und ungewohnt ist es allerdings, dass ein konservativer Spitzenpolitiker einer Spitzenfigur der extremen Rechten in einer Kernfrage von deren Diskurs oder Programmatik ausdrücklich Recht gibt. Üblich ist es ansonsten vielmehr, dass Konservative etwa behaupten, die extreme Rechte stelle zum Teil „die richtigen Fragen“, übertreibe es dabei aber und gebe noch dazu die falschen Antworten.

An diesem Sonntag, den 27. November 11 wählte Innenminister Claude Guéant eine andere Taktik. Er wurde anlässlich einer gemeinsamen Sendung des Radiosenders ‚Europe 1‘, des TV-Senders ‚i télé‘ und der Boulevardzeitung ‚Le Parisien‘ befragt. Und dabei wurde ihm auch die Frage gestellt, wie er sich zu den Auslassungen der Chefin des Front National, Marine Le Pen, positioniere. Und konkret zu ihren Äußerungen, wonach Jahr für Jahr „zu viele“ Einwanderer nach Frankreich gelangten.

„Auch ich finde, dass das zu viel ist“, erwiderte Claude Guéant darauf und gab der rechtsextremen Politikerin damit ausdrücklich Recht. Und er fuhr fort – ein seit langem durch Marine Le Pen benutztes Beispiel (ihren berühmten Städtevergleich) aufgreifend: „Wir akzeptieren jedes Jahr auf unserem Boden 200 000 Ausländer auf legale Weise. Das ist so viel wie die Einwohnerschaft von Rennes, oder das doppelte der Einwohnerzahl von Perpignan.“

Nur ist die Zahl als solche natürlich falsch: Anders, als Marine Le Pen es immer wieder – und gestern auch Claude Guéant – darstellte, kommt nicht jährlich „die Bevölkerung einer Großstadt“ zur französischen Wohnbevölkerung hinzu. Vielmehr werden zwar jährlich 200 000 neue Aufenthaltstitel erteilt. Dies betrifft aber u.a. auch Personen ausländischer Staatsbürgerschaft, die sich in Wirklichkeit seit längerem auf dem französischen Staatsgebiet aufhalten (Stichwort „Legalisierung“ von Sans papiers, also „illegalisierten“ Immigranten), und sich nur vorübergehend in Frankreich aufhaltende Personen wie etwa ausländische Studierende.

Guéant begleitete seinen Ausspruch mit einer autoritären Assimilierungsforderung („Warum ist das zu viel? Weil ich wie die Regierung, wie der Präsident wünsche, dass die Ausländer, die zu uns kommen, integriert werden, dass sie unsere Gesetze annehmen, dass sie unsere Lebensweise annehmen“). Und er fügte den quasi obligatorischen Nachsatz hinzu: „Frankreich ist nicht verschlossen, Frankreich ist kein fremdenfeindliches Land.“ Im selben Atemzug bekräftigte er seine Ankündigung (im ‚Figaro Magazine‘ vom 8. April 2011), die „legale“ ausländische Wohnbevölkerung zu verringern und die Erteilung von Aufenthaltstiteln um „zunächst“ 10 Prozent zu reduzieren. Hinzu fügte er ebenfalls, dass Eheschlüsse und Familiennachzug fortan stärker kontrolliert würden, da es „viel Missbrauch“ gebe.

BhS, Paris ■

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) fordert:

Neofaschismus endlich konsequent bekämpfen – V-Leute-System abschaffen

Das friedliche Zusammenleben in unserem Land, Demokratie, Solidarität, unser Leben und unsere Zukunft werden von Neonazis und Neofaschismus bedroht.

Die Mordserie der neofaschistischen Terrorgruppe, die sich „Nationalsozialistischer Untergrund“ nennt, belegt auf dramatische Weise: Neofaschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Trotz der ungeheuerlichen Dimension und Brutalität dieser Morde sind sie kein Einzelfall. Wir erinnern an das Oktoberfest-Attentat in München und die Brandanschläge, Pogrome und Mordtaten in den 90er Jahren u.a. in Solingen, Mölln, Lichtenhagen und Hoyerswerda. Eine Liste von Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland seit 1990 nennt die erschreckende Zahl von 182 Toten.

Das Ausmaß der neonazistischen Gewalt zeigt, dass die totale Missachtung menschlichen Lebens – Gewalt bis zum Mord – immanenter Bestandteil des Denkens und Handelns im Neonazismus ist. Es ist die faschistische Ideologie, die diese Gewalt hervorbringt und fördert. Diese Erfahrung haben wir bereits in der NS-Zeit machen müssen.

Dennoch orientieren Blick und Weltbild der herrschenden Politik, in Staat und den tonangebenden Medien vorrangig auf angebliche „Gefahren von links“ und Gefahren durch „Fremdes“ und „Ausländisches“: Internationaler Terrorismus, Islamismus und „Linksextremismus“ (neuerdings noch gesteigert zum „Linksterrorismus“) beherrschen das Denken und Handeln der staatlichen Kräfte. Für einen konsequenten Kampf gegen rechts bleibt da kein Platz.

Rechte Gewalt und rechter Terror werden bagatellisiert, entpolitisiert, wenn nicht sogar geleugnet. Geburtshelfer mit NS-Vergangenheit bei der Inbetriebnahme der bundesdeutschen Geheimdienste haben da möglicherweise ihre Nachwirkung.

Politik und Staat sind auf dem rechten Auge blind. Als feststand, dass die sogenannten „Döner-Morde“ sich ausschließlich gegen Menschen ausländischer Herkunft richteten, wurde dennoch an alles Mögliche gedacht, nur nicht an Neonazis und deren Ausländerhass. Vielmehr wurden sogar die Opfer posthum krimineller Verbindungen verdächtigt.

Das gegen links gerichtete Weltbild verhindert konsequentes Vorgehen gegen Neonazis und Neofaschismus. Mehr noch: Politik, Justiz und Polizei sind folgerichtig primär gegen Nazigegner aktiv. Das zeigt das Beispiel Dresden, ist aber nicht auf Dresden beschränkt.

Die bislang praktizierte Zurückhaltung und Untätigkeit gegen Neonazis – überdeutlich geworden am Beispiel der jahrelang unbehindert morden könnenden Neonazigruppe – leistet dem Neofaschismus Vorschub.

Die vorzeitig eingestellten bzw. unterlassenen Ermittlungen und die Versäumnisse im Vorgehen gegen die bereits erkannten Neonazis der späteren Mörderbande verhinderten in der Konsequenz eine Strafverfolgung.

Deutlich wird die daraus resultierende Hilfestellung für Neonazis auch am System der V-Leute. Das sind vom Verfassungsschutz besoldete Neonazis. Der VS finanziert damit neofaschistische Gruppierungen, Organisationen und auch die NPD.

Blockade in Köln-Kalk am 19. November, siehe Seite 7

Wie die nunmehr bekannt gewordenen Vorgänge rund um die Verbrechen der Mördergruppe zeigen, haben als V-Leute bezahlte Neonazis – auch im Umkreis dieser Mörderbande – kein Verbrechen verhindert, nicht einmal aufgedeckt, sondern eher noch die Verbrecher geschützt und unterstützt.

Der Einsatz der V-Leute hat bereits das erste Verbotsverfahren gegen die NPD torpediert und damit die NPD vor dem Verbot gerettet. Das alles verlangt, das V-Leute-Unwesen endgültig zu beenden. V-Leute nützen den Neonazis.

Als größte antifaschistische Organisation Deutschlands, die von Naziopfern, ehemals Verfolgten und Widerstandskämpfer/innen gegründet wurde, fordern wir:

- Die Gefahr des Neofaschismus muss endlich ernst genommen und entsprechend bekämpft werden.
- Antifaschismus darf nicht länger diskriminiert werden. Dieses Land braucht ein klares Bekenntnis zum Antifaschismus.

Erforderlich sind:

- Durchsetzung des im Grundgesetz und in den Strafgesetzen verankerten Faschismusverbots;
- konsequentes Vorgehen gegen Neonazis und Neofaschismus. Unterbindung und Verbot neofaschistischer Umtriebe, Organisationen und Gruppierungen;
- das Verbot der NPD, die Knotenpunkt, organisatorische Plattform, Ideologiegeber und Reservoir für neonazistische Gewalttäter ist – und zu der auch die Mörderbande Verbindung gehalten hat;
- umfassende Aufklärung über das dubiose Verhalten von Justiz, Polizei und Verfassungsschutz bei neonazistischen Gewalttaten und gegenüber den Tätern;
- Abschaffung des V-Leute-Unwesens – auch um damit den Weg zum Verbotsverfahren gegen die NPD freizumachen.
- Die den Neonazismus fördernde Gleichsetzung von „Links- und Rechtsextremismus“ ist zu beenden.
- Projekte gegen rechts dürfen nicht länger eingeschränkt oder behindert werden, sie müssen ohne Einschränkung gefördert werden. Die „Extremismusklausel“ ist zu streichen.
- Antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Protest und Widerstand gegen Umtriebe und Aufmärsche von Neonazis dürfen nicht länger behindert und kriminalisiert werden. Sie sind ein aktiver Beitrag zur Verteidigung der Demokratie.

Wir wenden uns gegen alle Versuche, die Mordtaten der Neonazis, die wegen staatlicher Untätigkeit jahrelang fortgesetzt werden konnten, nunmehr zum Vorwand zu nehmen, erneut eine Einschränkung demokratischer Grundrechte und Freiheiten durchzusetzen und den allgemeinen Überwachungsapparat, alle Bürgerinnen und Bürger betreffend, auszubauen.

Die VVN-BdA wird ihre Aktivitäten im Rahmen der „nonpd“-Kampagne verstärken.

Bundesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA), Mageburg, 20.11.2011 ■

Ostsachsen – jede Menge Naziaktivitäten – Schulterschluss von Alt- und Neonazis

Fernab der öffentlichen Wahrnehmung fanden am 2. Novemberwochenende gleich mehrere neonazistische Veranstaltungen in Ostsachsen statt.

Anlässlich des sogenannten „Heldengedenkens“ am Volkstrauertag beteiligten sich etwa 80 Neonazis an einer Kundgebung auf dem Soldatenfriedhof Göda bei Bautzen. Dieser jährlich stattfindende Aufmarsch stand bisher nicht im Fokus der Öffentlichkeit. Auf der Gödaer Kriegsgräberstätte sind Soldaten der Wehrmacht begraben. Das Gedenken stand unter dem Motto der Erinnerung an die im Kampf um die „Festung Bautzen“ zum Kriegsende Gefallenen. Neben VertreterInnen der „freien Kräfte“ aus der Region Dresden, nahmen daran auch die „Kameradschaft Bautzen“ sowie NPD-VertreterInnen und VertreterInnen der „Erlebnisgeneration“ teil.

Soldatenfriedhof Göda bei Bautzen

So schrieb auf der Seite des „Aktionsbüros Nordsachsen“ der User „stoni“ zur stattgefundenen Veranstaltung: „Ich bin jedes Jahr in Göda bei BTZ. zum Gedenken auf dem Soldatenfriedhof dabei und es ist zu Sehen, das die Zahl der jungen Kameraden zunimmt. Die Organisation, an dem sich die Freien Kräfte aus BTZ. sehr stark beteiligen, ist prima. Ein persönliches Dankeschön möchte ich deswegen an allen aussprechen. stoni NPD Stadtrat Bautzen“

Blumen auf Nazigrab

Da es in Bautzen mit Günter Steinert nur einen NPD Stadtrat gibt, liegt auf der Hand, dass es sich beim User „stoni“ um denselben handelt.

Ebenfalls beteiligten sich VertreterInnen der „HIAG Sachsen“ – der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS“. Damit wird einmal mehr deutlich, dass sich die heutigen Neonazis in direkter ideologischer Linie zu den Mördern der Waffen-SS bekennen.

Am selben Wochenende fand ein Fackelmarsch mit anschließendem Zeremoniell in Ostsachsen statt. Dies geht aus einem auf youtube veröffentlichten Video hervor. Demnach beteiligten sich an der Veranstaltung, die regionalen AntifaschistInnen zufolge am Stadtrand von Görlitz stattfand, ebenfalls etwa 80 Neonazis.

Am 12. November fand zudem in Rothenburg bei Niesky ein Rechts-Rock-Konzert mit etwa 1.300 TeilnehmerInnen statt. Zu dem Konzert war seit Wochen massiv aus Kreisen der sächsischen NPD geworben worden. Es liegt nahe, dass hier auch die OrganisatorInnen verortet sind. Die untypisch hohe Besucherzahl lässt sich auf den Hauptact des Abends, „Lunikoff“, den verurteilten Sänger der verbotenen Naziband „Landser“ zurückführen. Er genießt in der Szene Kultstatus. Das Konzert war als „Solidaritätskonzert“ für den in Italien unter Hausarrest stehenden Erich Priebke deklariert worden. Priebke war hier als SS-Angehöriger an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen. Als Ort hatten die Neonazis das Gelände der einschlägig bekannten und genutzten ehemaligen Diskothek „Zur Deutschen Eiche“ des Rothenburger NPD-Stadtrats Steffen Hentschel gewählt.

Obgleich es für alle drei Veranstaltungen im Vorfeld deutlich öffentlich bekannte Hinweise gab, wurden weder im Vorfeld noch im Nachhinein öffentliche Verlautbarungen seitens der zuständigen Behörden und PolitikerInnen wahrnehmbar. Die Strategie des Totschweigens geht jedoch nicht auf.

Peter Conrady und Jens Thöricht ■

Demokratische Politikwissenschaft – Tagung zum Werk von Reinhard Opitz

Köln. Vor 25 Jahren starb der in Köln lebende marxistische Politikwissenschaftler Reinhard Opitz im Alter von nur 52 Jahren. Obwohl er ein umfangreiches Werk hinterließ, ist er in breiten Kreisen (auch der linken) Öffentlichkeit heute so gut wie vergessen – zu Unrecht, wie eine wissenschaftliche Tagung am 19./20.11. in Köln zeigte. Zur Erinnerung an Opitz Werk und Person hatten die Marx-Engels-Stiftung und die VVN/BdA Nordrhein-Westfalen in die Alte Feuerwache eingeladen, um zu diskutieren, welche Fragen und Antworten aus dessen Werk heute noch aktuell sind.

Dieser Einladung waren rund 50 Interessierte gefolgt – nicht wenige davon so jung, dass sie im Jahr von Opitz Tod noch Kleinkinder waren. Von den acht Referaten, die verschiedene Facetten aus dem Werk des Wissenschaftlers beleuchteten, sind aus Sicht des Berichterstatters folgende wegen ihrer Aktualität besonders hervorzuheben:

Philip Becher beschäftigte sich mit den Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen der NPD und der sich „rechtspopulistisch“ nennenden pro-Bewegung, ein Referat, das angesichts des verhinderten pK-Aufmarsches in Kalk angemessener nicht hätte sein können.

Auch Kurt Heilers (Aachen) Beitrag über den „angeblich linken Flügel des Faschismus“, d.h. die sogenannten Nationalrevolutionäre der späten Weimarer Republik bzw. der frühen Nazizeit, war unter Berücksichtigung des immer aggressiveren Auftretens der „Autonomen Nationalisten“ und „Freien Kameradschaften“, die sich oft auf diese „linken“ Nazis beziehen und sich antikapitalistisch geben, mehr als aktuell.

Ebenso interessant waren die Referate von Prof. Georg Fülberth (Marburg) zu Opitz Kritik des Sozialliberalismus, Prof. Ludwig Elm (Jena) über Opitz Sicht auf Liberalismus und (vor allem) Konservatismus und Jörg Kronauers Aktualisierung des umfangreichen Werkes „Europastrategien des deutschen Kapitals“, die eine lebhafte Diskussion hervorrief.

Alles in allem zeigte die Tagung, dass das Werk des Kölner Wissenschaftlers zumindest in der linken Politikwissenschaft nicht vergessen ist. Es kommt jetzt darauf an, auch außerhalb dieses Kreises bekannt zu machen, dass uns dieses Werk zahlreiche Hilfen liefert, aktuelle Entwicklungen zu verstehen und richtig zu beurteilen. Die Konferenz könnte dafür einen Anfangspunkt gesetzt haben.

tri ■

Kalk hat dichtgemacht! Pro kam nicht zum AZ durch!

Köln. Das war wieder einmal eine Blamage für Pro Köln: Größenwahnsinnig wie eh und je hatte man eine „Bürgerdemo“ bis zum Autonomen Zentrum AZ angekündigt. Stattdessen steckte ein kleines Häuflein Ewiggestriger stundenlang auf der Kalker Hauptstraße fest, drehte eine kleine Runde um den Block und fuhr dann wieder nach Hause. Doch der Reihe nach:

Bereits ab 9 Uhr morgens fanden sich die ersten DemonstrantInnen an Kalk-Kapelle ein. Dort fand eine Kundgebung des „Bündnis gegen Pro Köln“ statt. Es gab Redebeiträge verschiedener Bündnispartner, wie AKKU und Kein Mensch ist illegal. In den Reden wurde auch auf die aktuellen Erkenntnisse um den neofaschistischen Terror und die schrecklichen Ereignisse auf der Keupstraße Bezug genommen. Pro Köln hatte noch vor einigen Jahren in Köln Seite an Seite mit Neonazis aus Thüringen demonstriert. Es wurde darauf hingewiesen, dass die rassistische „Bürgerbewegung“ mit ihrer Hetze den Nährboden für solche Verbrechen liefere. Die Sprecherin von Kein Mensch ist illegal problematisierte aber auch die restriktive Asylpolitik der BRD.

Fotos mp

Während der Kundgebungen gab es auch ständig aktuelle Durchsagen zur Lage auf der Kalker Hauptstraße. Die war zu dem Zeitpunkt bereits komplett von der Polizei gesperrt und das ganze Gebiet nahezu militärisch abgeriegelt. In die Nähe der Hauptstraße kam man nur nach Ausweiskontrollen, Durchsuchungen von Taschen und ähnlichen Schikanen. Auch die Köln-Arcaden waren nicht oder kaum mehr erreichbar: Die Türen des Konsumtempels waren verriegelt und nur, wer „harmlos“ wirkte, wurde hineingelassen. Einige Menschen, die offensichtlich zu „verdächtig“ aussahen, wurden gar nicht auf die Kalker Hauptstraße durchgelassen. In der Luft drehte derweil ein Polizeihubschrauber seine Runden. Es sah danach aus, als würde die Polizei die Rechten tatsächlich bis vor das AZ laufen lassen.

Ab 11 Uhr sammelte sich Pro Köln an Kalk-Post. Wie schon so oft, waren sie mit etwa 50 Menschen vertreten, darunter vor allem die üblichen Verdächtigen wie Markus Wiener, Jörg Uckermann und Markus Beisicht, aber auch Andreas Molau, ehemaliger NPD-Funktionär. Doch weiter als Kalk-Post kamen die braunen Damen und Herren zunächst nicht. Hunderte von Menschen verschiedenster Spektren hatten die Kalker Hauptstraße blockiert. Unter den BlockiererInnen herrschte gute und friedliche Stimmung. Keine Spur von „Chaoten“ oder einer „linken SA“, wie es im Pro-Köln-Jargon wohl heißen würde.

Zunächst sah es danach aus, als würde die Polizei die Blockaden räumen. Sie forderte die BlockiererInnen mehrmals dazu auf, den Platz zu verlassen und versuchte, zu verhandeln. Doch letzten Endes hielten die zwei Blockaden stand. Pro Köln wurde schließlich damit vertröstet, eine winzige Route durch Seitenstraßen zu laufen – fernab von Kalker BürgerInnen und noch weiter entfernt vom AZ. Gegen 14 Uhr war der Spuk auch schon wieder vorbei und die mittlerweile weiter geschrumpfte Truppe fuhr wieder nach Hause.

Insgesamt ist der Tag als großer Erfolg zu werten. Pro Köln konnte nur wenige Meter laufen, der öffentlichkeitswirksame Marsch wurde von friedlichen Blockaden verhindert. Die Kalkerinnen und Kalker haben an dem Tag gezeigt, dass sie nicht für rassistische Hetze zu gewinnen sind.

Während Pro Köln seine üblichen Hassreden schwang, gab es auf der Kundgebung des Bündnisses „Schäl Sick Gegen Rassismus“ Redebeiträge, die zeigten, dass man Probleme nicht mit Parolen löst, sondern mit konkreter und konstruktiver Arbeit vor Ort – so sprachen dort VertreterInnen verschiedenster sozialer Einrichtungen und Initiativen in Kalk.

Auch das Bündnis gegen Pro Köln war mehr als zufrieden: „Die Kalkerinnen und Kalker haben heute eindrucksvoll bewiesen, dass sie sich von rechtsextremen Hetzern à la „pro Köln“ nicht aufwiegeln und spalten lassen. Eine bunte Mischung von Hunderten von Menschen aus Kalk ist dem Blockadeaufruf gefolgt und hat den Rassistenmarsch verhindert. Das ist ein großartiger Erfolg. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass Blockaden gegen rechtsextreme Aufmärsche mittlerweile eine breite gesellschaftliche Akzeptanz haben“, so ein Sprecher des Bündnisses.

Einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen lediglich die Maßnahmen der Polizei: Wenn ein ganzes Viertel abgesperrt wird, zwischenzeitlich sogar die Haltestelle Kalk-Post nicht mehr angefahren wird und Protest in Hör- und Sichtweite zu den Rechten erschwert oder gar unmöglich gemacht wird, dann sendet das ein falsches politisches Signal.

Pro Köln hat derweil seine Lektion wieder einmal nicht gelernt und für den 28. Januar eine weitere Anti-AZ-Demo angekündigt. Dann wird es wieder heißen: „Kalk macht dicht!“ *jk* ■

Auch Opfer des Bombenanschlags in der Keupstraße erhalten Entschädigung

Berlin/Köln. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hatte am vergangenen Wochenende eine Entschädigung für die Angehörigen der Mordopfer der rechtsextremen Terrorgruppe NSU in Aussicht gestellt. Auf Initiative der zehn Kölner Bundestagsabgeordneten (Volker Beck – Bündnis 90/Die Grünen, Matthias W. Birkwald – DIE LINKE, Martin Dörmann – SPD, Ursula Heinen-Esser – CDU/CSU, Dr. Werner Hoyer – FDP, Prof. Dr. Karl Lauterbach – SPD, Ulla Lötzer – DIE LINKE, Kerstin Müller – Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Rolf Mützenich – SPD, Dr. Michael Paul – CDU/CSU) können nunmehr auch die Verletzten des rechtsterroristischen Anschlags vom 9. Juni 2004 in der Keupstraße in Köln-Mülheim eine Entschädigung beantragen. Auch der weiteren Bitte der Kölner Bundestagsabgeordneten, die finanziellen Mittel des Bundes für Entschädigungsleistungen nicht um die Hälfte abzusenken, ist die Koalition gefolgt. Der entsprechende Haushaltstitel „Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe“ wird 2012 weiterhin eine Million Euro betragen.

PM Matthias W. Birkwald ■

… und die Behörden schauen zu

Der Hamburger Verfassungsschutz (VS) lässt Neonazis ungehindert agieren. Ob Nazibands, ehemalige SS-Soldaten oder die NPD, alle finden problemlos Räume, weil die Behörden tatenlos bleiben.

Auch wenn sich in Hamburg aktuell keine direkten Beziehungen zu dem Zwickauer Nazitrio nachweisen lassen, so fragt man sich angesichts des offensichtlichen Versagens der Inlandsgeheimdienste in anderen Bundesländern doch, was denn eigentlich der Hamburger Dienst und seine V-Leute machen.

Der Einsatz von V-Leuten wird seit Jahren von Kennern der extremen Rechten kritisiert, denn hier werden überzeugte Neonazis mit teilweise fünfstelligen Beträgen entlohnt, die manchmal direkt in die Szene weitergereicht werden. Wer kann ausschließen, dass von den V-Mann-Geldern nicht nur Propaganda, sondern indirekt sogar Waffen und Sprengstoff finanziert werden? Es gibt diverse Fälle wo V-Leute in Straftaten bis hin zu Anschlägen verwickelt waren. Außerdem waren die V-Leute der entscheidende Grund für das Scheitern des NPD-Verbotes im Jahre 2003. Sie bleiben die beste Rechtsschutzversicherung der Nazipartei. Trotzdem möchten sowohl der Hamburger Innensenator Michael Neumann (SPD), als auch der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Manfred Murck nicht auf den Einsatz von diesen mit Steuergeldern bezahlten Neonazis verzichten.

In der Sendung „Schalthoff live“ vom Dienstag den 15. November 2011, führte Murck als Beispiel für den V-Leute-Einsatz ein konspirativ organisiertes „Skinheadkonzert am Wochenende“ an, über das man sonst nichts erfahre. Mit seinen Worten da müsse man sehen, „dass man rechtzeitig dazwischen kommt,“ suggeriert der VS-Chef darüber hinaus entschlossenes Handeln.[1] Hier hat Herr Murck sich allerdings das denkbar schlechteste Beispiel für das V-Leute-Unwesen heraus gesucht, denn alle Nazikonzerte der letzten Jahre fanden vollkommen ungestört, teilweise sogar geschützt durch die Behörden statt. Entweder war der Dienst also desinformiert, oder, was wahrscheinlicher ist, wurden vorhandene Informationen nicht genutzt, um Nazikonzerte zu verhindern oder wenigsten direkt Betroffene zu informieren. Ein paar Beispiele aus der Vergangenheit:

2005 meldete der heutige Hamburger NPD-Vorsitzende Torben Klebe, dem verbotenen Nazi-Netzwerk „Blood & Honour“ entstammend, neun Tage im Voraus ein Nazikonzert bei den Behörden an, gegenüber dem Vermieter, einem Club auf St. Pauli gibt er jedoch eine harmlose „Party mit Livemusik“ an.[2] Die Behörden lassen die Vermieter ahnungslos und die Neonazis in Ruhe. Selbstverständlich bleiben mehrere hundert Neonazis auf der Reeperbahn nicht unbemerkt. Schnell protestieren mehrere hundert Menschen gegen das Konzert, die getäuschten Vermieter fordern die anwesende Polizei wegen Vertragsbruch und Lärmbelästigung auf, das Konzert zu beenden – die Polizei weigert sich und die Neonazis bewaffnen sich und feiern unter „Sieg-Heil-Rufen“ ihren Erfolg. Die im Haus befindlichen Clubs haben dafür erhebliche Einkommenseinbußen und einen Imageschaden zu tragen.[3]

2008 findet in Bahrenfeld ein Nazi-Konzert mit den Bands Blutstahl, Sense of Pride und Projekt Irminsul statt. Obwohl 140 Beamte vor Ort anwesend sind, kann der Senat im Anschluss nicht erklären, ob strafbare Lieder, Sprüche oder Handlungen wie der Hitler-Gruß geäußert wurden. Der Veranstaltungssaal wurde nicht überwacht.[4]

2009 und 2010 finden im Moorkathen im Stadtteil Moorburg Konzerte der in Nazi- und Hooligan-Kreisen beliebten Band Kategorie C – Hungrige Wölfe statt. In die Organisation eines der Konzerte ist der verurteilte Totschläger Stefan Silar eingebunden. Eine Woche vor dem Konzert 2009 wurde im Haltern am See (NRW) ein Konzert der gleichen Band von Stadt und Polizei verhindert.[5] In Hamburg dürfen die Konzerte hingegen sogar in Räumen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA stattfinden.[6]

2010 findet im Raum Hamburg ein Konzert mit der rechten Kultband Noie Werte statt. Nach antifaschistischen Erkenntnissen wurde das Konzert von der Hamburger Jugendorganisation der NPD, den Jungen Nationaldemokraten, mitorganisiert. Eine Kleine Anfrage der LINKEN in der Hamburger Bürgerschaft bleibt praktisch unbeantwortet.[7]

Weitere Konzerte fanden laut VS-Berichten in den letzten Jahren in Hamburger Kleingärten oder anderen Orten statt. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass die Vermieter jemals im Vorfeld von den Behörden über die wahren Hintergründe der Mieter und Veranstaltungen, die meist als private Feiern angemeldet wurden, informiert oder gar beraten wurden.

Die gleiche Situation ergibt sich auch immer wieder für Veranstaltungen der NPD und anderer neofaschistischer Organisationen in Hamburg. Die Nationaldemokraten geben gegenüber Vermietern von Kneipen- oder Vereinsräumen ebenfalls gerne private Feiern oder Kulturveranstaltungen als Zweck der Raumnutzung an. 2010 meldete die Hamburger NPD sogar ihren Landesparteitag mit Obernazi Thomas Wulff als „Sommerfest“ in den Vereinsräumen eines Bramfelder Kleingartenvereins an.[8] Als Anmelder fungierte der langjährige NPD-Aktivist Willi Wegner, vorbestraft u.a. wegen Beteiligung an einem Mord und an Waffenraub. Im KGV war man vertrauensvoll, schließlich hatte Wegner schon ein halbes Jahr zuvor eine „private“ Weihnachtsfeier der NPD angemeldet.

Schon 2006 fand eine Nazi-Veranstaltung im Restaurant Stellinger Ratskeller statt. Im Gebäude befindet sich auch das Ortsamt, nebenan eine Polizeiwache, trotzdem sind bei Veranstaltungsbeginn weder Polizei noch Staatsschutz anwesend. Es kommt die gesamte Hamburger Nazi-Prominenz von NPD und Kameradschaften, um einem Vortrag des ehemaligen SS-Offiziers Klaus Christoph Marloh zu lauschen. Die migrantischen Restaurantbesitzer sind an diesem Tag ebenso ahnungslos, wie in den Monaten zuvor bei NPD-Veranstaltungen in ihren Räumlichkeiten.[9]

Selbst große Institutionen lassen die Schlapphüte in der Ahnungslosigkeit, wenn es um die Nutzung von Räumen durch Nazis geht. Jahrelang konnte sich ein Traditionsverband von ehemaligen Soldaten der Waffen-SS in Räumen der Hamburger Handwerkskammer unbehelligt treffen. Bei den monatlichen Versammlungen wurden „Judenwitze“ gerissen, die Verbrechen der SS und der Wehrmacht geleugnet und Angela Merkel und Helmut Kohl unterstellt, sie seien Marionetten einer „jüdischen Weltverschwörung“. Regelmäßiger Teilnehmer dieser Treffen war auch der damalige Hamburger DVU-Chef Günther Schlemmer. Entsprechend groß war die Empörung, als AntifaschistInnen das Treiben 2006 öffentlich machten. Der Dienst hatte die Beobachtung der ehemaligen Waffen-SS-Soldaten schon 1992 eingestellt, denn – so rechtfertigte sich Manfred Murck, damals VS-Vize, gegenüber Vorwürfen – der „gewaltbereite Rechtsextremismus hat unser Lagebild geprägt“.[10]

Ein Jahr später wurde dann ebenfalls durch AntifaschistInnen öffentlich gemacht, dass sich die damals noch in Hamburg ansässige Nazi-Partei „Deutsche Volksunion“ (DVU) in einem Eisenbahnerheim der Deutschen Bahn traf.[11] 2009 und 2010 fanden auf dem Ohlsdorfer Friedhof nicht angemeldete, illegale Naziaufmärsche statt. 2010 erfuhr das Hamburger Bündnis gegen Rechts im Vorfeld von dem geplanten Aufmarsch und informierte die Polizei. Diese war bis zu dem Zeitpunkt vollkommen ahnungslos, beendete dann jedoch den Aufmarsch.

Auch bezüglich der Beschäftigung von Neonazis in besonders sensiblen Bereichen, hält der Inlandsgeheimdienst seine schützende Hand über diese. Zwar musste der VS im Juni 2007 zugeben, dass ihm

das Lehrerehepaar Karin und Jochen Schmutzler „seit Längerem als Unterstützer rechtsextremistischer Parteien bekannt war“, sie waren zu dem Zeitpunkt beide NPD-Mitglieder, die Schulbehörde wurde allerdings erst in jenem Jahr benachrichtigt.[12] Die Öffentlichkeit oder die betroffenen Eltern und SchülerInnen, erfuhren jedoch erst durch die Presse von dem Skandal. Ob noch weitere Hamburger Neonazis im Staatsdienst, als Lehrer, Polizisten, andere Beamte oder in anderen sensiblen Bereichen z. B. mit Zugang zu Waffen, wie Wachschutzdiensten, Schützenvereinen oder der Bundeswehr tätig sind, wird wohl unbekannt bleiben. Der damals gerichtsbekannte Nachwuchskader der Hamburger NPD, Raphael N. konnte jedenfalls seine Bundeswehrzeit vor zwei Jahr absolvieren. Und in Sachsen wurde jetzt bekannt, dass dort aktuell 38 Neonazis insgesamt über 150 Schusswaffen legal verfügen.[13]

Es lässt sich konstatieren, dass der Hamburger VS, trotz seiner als notwendig erachteten V-Leute, oftmals ahnungslos ist, oder noch schlimmer, trotz besseren Wissens, seine Informationen weder an andere Behörden, noch an die betroffenen Vermieter, sonstige betroffene Institutionen oder gar die Öffentlichkeit weitergibt. Volker Kauder erklärte vor wenigen Tagen „Ein Instrument, das uns nichts bringt, das brauchen wird nicht.“ Hier ist dem CDU-Fraktionschef ausnahmsweise einmal zuzustimmen. 1998 hatten die GRÜNEN noch die schrittweise Auflösung aller Geheimdienste in ihrem Wahlprogramm, heute macht sich die LINKE hierfür stark.

Der Abzug der V-Leute aus dem Hamburger Geheimdienst wäre ein erster Schritt. Länder wie Berlin, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben schon vorgemacht, dass es ohne staatlich alimentierte Neonazis in den NPD-Führungszirkeln nicht zur Herausbildung von rechten Terrorstrukturen kam. In der FAZ vom vergangenen Wochenende wurde in einer Überschrift festgestellt: „Zehn Menschen könnten noch leben, wenn die Geheimdienste ihre Arbeit getan hätten. Es ist Zeit, sie abzuschaffen.“[14] Dem ist nichts hinzuzufügen.

Hamburger Bündnis gegen Rechts ■

1 http://www.hamburg1.de/sendungen/SchalthoffLive.html
2 Bürgerschaftsdrucksache 18/3177 und
3 Darstellung der Clubbetreiber über den Abend, http://de.indymedia.org/2005/11/131721.shtml
4 Drucksache 18/7737
5 http://www.derwesten.de/staedte/unser-vest/schwarzer-block-sorgt-fuer-unruhe-id858106.html
6 Drucksache 19/2606
7 Drucksache 19/6689
8 taz-nord 8.07.2010
9 taz, Mopo + Indymedia vom 08.05.2006
10 Hamburger Abendblatt 18.3.2006, und taz 17.3.2006
11 http://www.mopo.de/news/dvu-npd-der-braune-pakt,5066732,5588042.html
12 Hamburger Abendblatt 08.06.2007
13 http://www.mdr.de/sachsen/rechtsextreme-waffen 100.html
14 http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ geheimdienste-hauptsache-es-macht-peng-11534221.html

Marine Le Pen:

Schwieriges Bemühen um „internationale Statur“

Dies nennt man ein ausgesprochen schlechtes Timing. Seit Monaten hoffte und hofft Marine Le Pen, die Vorsitzende des rechtsextremen Front National (FN), auf eine Zuspitzung der Euro-Krise. Die Politikerin bebt förmlich der Perspektive eines Auseinanderbrechens der europäischen Währungszone entgegen, was in ihren Augen die Vorhersagen der Partei seit langen Jahren bestätigen können. Zu der Notwendigkeit einer Rückkehr zu den Nationalwährungen gibt es in ihren Augen keine vernünftige Alternative.

Die erneute Eskalation der Krise der Eurozone Anfang November, als ein zweites „Rettungspaket“ für Griechenland geschnürt wurde und dessen damaliger Premierminister – Giorgios Papandreu – kurz darauf ein Referendum über dessen Bedingungen ankündigte, konnte ihr da nur gelegen kommen. Im Vorfeld des G20-Gipfels in Cannes, der am 3. November eröffnet wurde, schien erstmals das Ausscheiden eines Mitgliedslands aus der Währungsunion greifbar nahe zu sein. Marine Le Pen hätte jubilieren können. Im Umgang mit den Griechen schlägt sie übrigens ziemlich andere Töne an, als man dies von deutschen Rechten oder auch deutschsprachigen Boulevardmedien kennt: Statt das Land als „Schuldenstaat“, Pleitegeier und Hort der faulen Profiteure anzuprangern, stellt sie Griechenland als Opfer der EU-Politik dar.

Wie andere Nationen auch, sei das Land einem ideologisch motivierten Streben nach einem „supranationalen Superstaat“, der nicht funktionieren könne – „es gibt kein europäisches Volk, sondern nur Völker innerhalb Europas“ – geopfert worden. Und es sei eine Schande, wie man mit den Griechen umgehe. Die Ablehnung einer Volksabstimmung durch die EU-Granden als „unverantwortlich“ belege überdeutlich die Missachtung von Demokratie, Volkswillen und nationaler Souveränität. So beschrieb sie es ausführlich zuletzt am vorletzten Samstag bei einer Programmrede, anlässlich eines „Banketts der Tausend“ vor Parteimitgliedern und Anhängern im 15. Pariser Bezirk. Die Masche zieht. Als Ausweg aus dem Schlammassel malt Le Pen die Perspektive eines „gemeinsamen Ausstiegs“ aus der Einheitswährung, die zwischen mehreren europäischen Nationen koordiniert werde, aus. Dadurch wirkt ihr Herangehen nicht derart nationalegoistisch, auch wenn bei ihr gleichzeitig immer der Aspekt überdeutlich mitschwingt, dass kein wertvolles französisches Geld für fremde Interessen ausgegeben werden dürfe. Weder in Griechenland noch in Spanien.

Doch als die Dinge sich vorübergehend um Griechenland und seine Zugehörigkeit zur Eurozone zuzuspitzen schienen, konnte Marine Le Pen davon überhaupt nicht profitieren. Denn sie war weit weg, als sich die möglicherweise günstige Möglichkeit zur Profilierung angeboten hätte: Zu dem Zeitpunkt weilte sie jenseits des Atlantik. In den ersten Novembertagen versuchte die Chefin des FN dort, an ihrer „internationalen Statur“ zu arbeiten. Auf dem Programm standen Termine bei US-amerikanischen Persönlichkeiten und Politikern.

Am 2. November traf sie etwa mit einem der Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur der US-Republikaner, Ron Paul, zusammen. Dieses Zusammentreffen war durch den FN in Frankreich seit längerem angekündigt worden. Doch im Vorfeld wurde es durch den texanischen Politiker deutlich heruntergekocht. Zunächst hieß es am 29. Oktober noch, die Verabredung sei annulliert - aufgrund von Terminschwierigkeiten des früheren Präsidentschaftskandidaten der US-amerikanischen Libertarian Party im Jahr 1988, wie verlautbarte. Letztlich empfing er sie dann doch in seinem Abgeordnetenbüro in Washington D.C. Allerdings musste die rechtsextreme Politikerin dort drei Viertelstunden auf ihn warten, und wurde danach für nur zehn Minuten empfangen. Ron Paul kann also, falls er deswegen angegriffen werden sollte, das Gespräch als Routinetermin eines Abgeordneten ohne größere Bedeutung und ohne Aufwertung Marine Le Pens zur gleichwertigen Diskussionspartnerin darstellen. Bei dem Gespräch sei es vor allem um die Rückkehr zur Goldbildung der Währungen, wie sie vor 1973 bestand und die Inflation hemmen sollte – eines der Steckenpferde Ron Pauls – gegangen, war zu erfahren.

Inhaltlich interessierte die französischen Rechtsextremen an dem Zusammentreffen wohl vor allem, dass Ron Paul – den Teile der Tea Party unterstützen, während der rivalisierende Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur Hermann Cain ebenfalls Unterstützung aus dem rechtspopulistischen Bewegungsnetzwerk genießt – als radikaler Steuergegner gilt. Die Ablehnung von Steuern als Ausdruck eines staatlichen „Molochs“, vor allem in kleinbürgerlichen Milieus und bei Kleinunternehmern, ist eines der ältesten Anliegen des harten Kerns des FN. Parteigründer Jean-Marie Le Pen, der Vater der jetzigen Vorsitzenden, war schon 1956 zum Abgeordneten einer Anti-Steuer-Protestpartei, der „Poujadisten“, gewählt worden. Ansons-

ten dürfte es neben Gemeinsamkeiten aber auch spürbare Unterschiede geben. Als Rechtslibertärer ist Ron Paul, obwohl Befürworter der Todesstrafe, insgesamt der Staatsautorität nicht derart zugetan wie durchschnittliche Parteigänger des FN.

Welches Interesse Marine Le Pen an zwei anderen Terminen hatte, liegt unmittelbar auf der Hand. Am Sitz der Vereinten Nationen in New York hatten ihre Berater überwiegend französischsprachige Botschafter zu einem Dinertermin eingeladen. Den eigenen Botschafter Frankreichs, der über einige Informationen über die Geschichte von Le Pens Partei verfügen dürfte, hatte man wohlweislich ausgespart. Einige Diplomaten kamen, wobei etwa der Botschafter von Trinidad und Tobago von geringem Interesse für den französischen Wahlkampf oder Medienbetrieb sein dürfte. Solches lässt sich nicht für einen anderen Teilnehmer an der Runde behaupten, den israelischen UN-Botschafter Ron Prosor.

Er nahm für 20 bis 30 Minuten an der Gesprächsrunde teil, ging dann und erklärte am Ausgang auf Journalistennachfragen hin, er rede gerne mit allen. Die Diskussion sei gut verlaufen. Kurz darauf dementierte allerdings das Außenministerium in Jerusalem jegliches beabsichtigte Zusammentreffen scharf: Prosor habe sich über den Charakter der Runde getäuscht und im Termin geirrt, Kontakte zum Front National seien nicht erwünscht. Europäische rechtsextreme Parteien, führend dabei ist etwa der belgische Vlaams Belang („Flämisches Interesse"), haben in den letzten Jahren intensive Kontakte in die israelische Hardliner-Rechte – von Teilen des Likudblocks bis zur Siedlerbewegung – aufgebaut.

Im Falle des Front National ist die Interessenlage dabei aus historischen Gründen nochmals eine spezifische. Jean-Marie Le Pen war seinerseits am 13. Februar 1987 in New York mit Repräsentanten des Jüdischen Weltkongresses und Jacky Torciner, dem Repräsentanten der Herud-Partei - Vorläuferin des Likudblocks - in den USA, zusammengetroffen. Seine Absicht war klar: aus dem Schatten Hitlers herauszutreten, jeglichen Geruch der Verbindung zum historischen Faschismus und Nazismus abzustreifen, nicht als Antisemit zu gelten und gleichzeitig Kronzeugen für seinen antiarabischen Rassismus zu gewinnen. Doch auf den Tag genau sieben Monate später bekannte Le Pen senior sich im französischen Fernsehen etwas zu lautstark zu den Thesen der Geschichtsrevisionisten: „Wie, sechs Millionen Tote, wollen Sie mir etwa sagen, dass ich daran glauben muss? Ich sage Ihnen, es gibt Leute, die darüber debattieren. Aber dies ist ein point de détail (Nebenumstand) in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs." Zuvor geknüpfte Kontakte brachen ab, und seine Pläne, im Präsidentschaftswahlkampf 1988 auch in den Staat Israel zu reisen, zerschlugen sich infolge dessen. Der damalige FN-Vorsitzende verstand es zunächst nicht, denn er glaubte bis dahin, beinahe Narrenfreiheit zu genießen, nachdem er doch zu Anfang 1987 den „einschlägigen Kreisen" gesagt habe, was sie hören wollten. Juden steckten in seinen Vorstellungen unter einer Decke, deswegen sei es besser, sich gut mit ihnen zu stellen.

Unter dem Vorsitz von Jean-Marie Le Pen, der die Partei von ihrer Gründung 1972 bis im Januar dieses Jahres führte, ließ sich der Bruch mit der israelischen und Teilen der „westlichen" Rechten – der den FN damals etwa auch von den britischen Konservativen entfernte – nie wieder kitten. Der alte Haudegen hielt in der internationalen Politik nach dem Ende der bipolaren Weltordnung von 1989 lieber zu „starken Außenseitern" – von Saddam Hussein über Slobodan Milosevic bis zu Laurent Gbagbo.

Seine Tochter versucht nun aber, an alte Kontaktmuster aus der Zeit davor wieder anzuknüpfen. Vor diesem Hintergrund ist auch ihr zweiter symbolisch bedeutsamer Termin zu sehen: Am 5. November traf sie in Palm Beach im US-Bundesstaat Florida mit William J. Diamond zusammen, einem führenden Funktionär des American Israel Public Affaires Committe (AIPAC), das als Lobbyorganisation – im amerikanischen Sinne – für Interessen des Staates Israel gilt. Zeugen des Gesprächs waren nicht zugelassen. Der Termin wurde in Frankreich erst Tage später, nach der Rückkehr Marine Le Pens, bekannt. Ihr Vizepräsident und Lebensgefährte Louis Aliot erklärte dazu, auf dem Gesprächsplan hätten „Islam, arabische Revolutionen und Einwanderung" gestanden. In einer bemerkenswerten Formulierung fügte Aliot hinzu, zu diesen Themen seien die Positionen des Gesprächspartner „dieselben wie die des FN, sogar schlimmer" (sic) gewesen.

Als Einfädler für Kontakte Marine Le Pens in den USA betätigte sich im Vorfeld ihres Besuches der Italo-Amerikaner Guido Lombardi. Er vertrat früher die italienische rassistische Regionalpartei Lega Nord in den USA. Doch die Gesamtbilanz des Besuchs fiel in der Darstellung französischer Medien nicht allzu positiv aus, geschweige denn glänzend. So habe Marine Le Pen nach viel mehr hochrangigen Gesprächspartnern gesucht, die jedoch abgesagt oder Termine verweigert hätten. Journalisten sowohl von *Le Monde* als auch *Libération* berichteten, ihnen und allgemein der französischen Presse gegenüber habe Marine Le Pen sich in Geheimnistuerei um ihre angeblichen zahlreichen Termine in Washington und New York ergangen. Als ihr Chauffeur die Pressefahrzeuge im Tross ihres Autos gesehen habe, sei er zeitweilig mit 100 km/h durch die US-Bundeshauptstadt geheizt, um zu versuchen, die lästigen Journalisten abzuhängen. Dabei sei es nicht darum gegangen, Termine geheim zu halten – sondern eher deren Ausbleiben. Wie sich im Nachhinein herausstellte, hatte die Umgebung Marine Le Pens unter anderem versucht, einen Termin mit Nafissatou Diallo zu arrangieren. Allerdings vergeblich. Die aus Guinea stammende Frau hatte im Mai dieses Jahres den französischen Politiker und damaligen IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn der sexuellen Aggression und versuchten Vergewaltigung bezichtigt – seitdem reißt in Frankreich die Flut von Enthüllungen über den Prominenten nicht ab. Dass Gerüchte inzwischen besagen, Strauss-Kahn wolle auf der Flucht vor der Enthüllungswelle nach Israel auswandern, was er am 23. November dementierte, dürfte einschlägige Ressentiments sicherlich anheizen.

Dass Marine Le Pen zudem den Höhepunkt der jüngsten EU-Griechenland-Krise in Europa zeitlich verpasste, trug zu dem Eindruck bei, ihr Wahlkampf stecke derzeit inhaltlich fast. So jedenfalls die in den Medien weit verbreitete Darstellung. Scheinbar im Widerspruch dazu befindet sie sich dennoch in den Vorwahlumfragen auf einem, zur Zeit ihres Vaters an der Parteispitze ungekannt hohen Niveau. Zwischen 17 und 20 Prozent der Stimmen werden ihr derzeit vorausgesagt. Und dies könnte sich im Laufe des Wahlkampfs noch ändern.

Um ihre Wahlkampagne wieder anzufahren, veranstaltete die Parteispitze am Samstag, den 19. November das „Bankett der Tausend" im Südwesten von Paris. Statt der angekündigten Vorstellung eines Parteiprogramms wurde es jedoch nur eine längliche Grundsatzrede der Vorsitzenden, in der sie Vorstellungen lediglich in allgemeiner Form anriss – das konkrete Wahlprogramm „mitsamt Finanzierungsteil" soll nun doch erst im Januar präsentiert werden. Inhaltlich dürften sich die außenpolitischen Vorstellungen Marine Le Pens, die aus diesem Anlass präsentiert wurden, von denen ihrer tatsächlichen oder gesuchten US-amerikanischen Gesprächspartner unterscheiden. Es ging eher um ein starkes Europa und Frankreich, das sich aus dem Militärkommando der NATO zurückzieht – Paris war, nach dem Austritt im Jahr 1966, Anfang 2009 dorthin zurückgekehrt –, von den USA emanzipiert und gute Beziehungen zu einem starken Russland pflegt.

Ein wenig überraschend wirkte die Ankündigung, einen Bruch mit la françafrique, also dem seit 50 Jahren traditionellen französischen Neokolonialismus in Afrika, zu vollziehen. Die Souveränität der Staaten dort solle künftig respektiert werden. Allerdings sollen Verhandlungen mit den, nunmehr stärker eigenständigen, Ländern des Kontinents in Zukunft vor allem zu Abkommen in Sachen Migrationsbeschränkung und -verhinderung führen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Gedenken an die Opfer der Novemberpogrome von 1938

Stuttgart. Gut hundert Menschen beteiligten sich am Mittwoch, den 9. November an einer Kundgebung zum Gedenken an das November-Pogrom des Jahres 1938. Damals waren im ganzen Deutschen Reich, organisiert von SS, SA und Polizei Synagogen angezündet, Geschäfte geplündert und tausende von Juden in Konzentrationslager verschleppt worden. Ort der Veranstaltung war die Gedenkstätte am Ort der ehemaligen im November 1938 zerstörten Cannstatter Synagoge in der König-Karl-Straße. Zu der Kundgebung aufgerufen hatten neben VVN, DKP, SÖS und LINKE Stuttgart zahlreiche weitere linke Gruppen aus Stuttgart sowie die Waldheime Clara Zetkin und Gaisburg.

Der heute 95-jährige Professor Theodor Bergmann, selbst Sohn eines Rabbiners, erinnerte als Zeitzeuge an die Vorgeschichte der Pogrome mit der systematischen Ausgrenzung der Juden aus öffentlichen Ämtern und Schulen, den Nürnberger Rassegesetzen und der Verpflichtung für alle Juden, in der Öffentlichkeit einen gelben Stern zu tragen. Das Pogrom des Jahres 1938 sei eine wesentliche Etappe auf dem Weg nach Auschwitz gewesen, das auch für die Linke einen damals nicht vorstellbaren Bruch mit der Zivilisation der Menschheit darstellt. Er rief in Erinnerung, dass die Nationalsozialisten mit Unterstützung von Unternehmern, dem Militär und von reaktionären bürgerlichen Kreisen an die Macht gekommen seien. Erst der Widerstand der Roten Armee konnte den Griff des deutschen Imperialismus nach Weltherrschaft stoppen und diesem verhängnisvollem Kapitel deutscher Geschichte ein Ende setzen.

Theodor Bergmann (Foto links), Janka Kluge (Mitte) und Barbara Simons (rechts) hielten die Kundgebungsreden bei der Gedenkveranstaltung am 9. November in Bad Cannstatt.

Janka Kluge von der Vereinigung für die Verfolgten des Nazi-Regimes VVN erinnerte an die Deportation von 1000 württembergischen Juden, die am 1. Dezember 1941 vom Nordbahnhof aus in das Konzentrationslager nach Riga verschleppt wurden. Der Massenmord an den Deportierten durch die Einsatzgruppe A, einer Sondereinheit von Polizei und Waffen-SS, bezeichnet den Beginn der massenhaften Ermordung der europäischen Juden. Im heute verbreiteten Hass auf Muslime sieht sie wichtige Parallelen zum Antisemitismus der damaligen Zeit.

Deshalb sei es als Erfolg antifaschistischer Aktivitäten zu werten, dass die im Rahmen eines „islamkritischen Wochenendes“ in Stuttgart geplante Gründung der rechtsradikalen Partei „Die Freiheit“ im Juni des Jahres verhindert werden konnte. Sie erinnerte daran, dass im Zusammenhang mit den damaligen Auseinandersetzungen bis heute ein Antifaschist in Stammheim einsitzt, der in einem Prozess trotz mangelhafter Beweislage zu elf Monaten Haft wegen Körperverletzung verurteilt wurde. Federführend Oberstaatsanwalt Häußler, berüchtigt für die Verfolgung von S21-Gegnern und schon früher berühmt geworden wegen der Verfolgung eines Verlegers von Anti-Nazi-Symbolen.

Häußler ist zugleich verantwortlich für die Verschleppung der Strafverfolgung von deutschen Kriegsverbrechen in Sant Anna. Dort hatten im August 1944 Mitglieder der 16. SS Panzergrenadierdivision 560 Einwohner eines kleinen Dorfes ermordet. Sie forderte die Versetzung dieses Oberstaatsanwalts an einen Ort, an dem er keinen weiteren Schaden anrichten könne.

Neben dem Gedenken an die Opfer sei auch die Erinnerung an die damaligen Täter wichtig, so Barbara Simons von der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber. Das ehemalige Hotel Silber, Sitz der Geheimen Staatspolizei in Württemberg, sei deshalb hervorragend geeignet, weil es Ausstellungen, Veranstaltungen und Bildungsarbeit am historischen Ort des Geschehens ermöglichen würde. Neben der Rolle einzelner Täter solle dabei auch die Rolle von Ämter und Behörden aufgearbeitet werden, zum Beispiel die Rolle der Finanzämter bei der Ausraubung der Juden oder die der Gesundheitsämter bei der Euthanasie.

Das breite Bündnis von Gruppen, das sich erfolgreich für den Erhalt des Hotels Silber eingesetzt habe, plane einen Verein zu gründen. Man wolle eine aktive Rolle der inhaltlichen Ausgestaltung des geplanten Dokumentationszentrums einnehmen.

Nach den Reden legte Theodor Bergmann einen Kranz und zahlreiche Teilnehmer der Kundgebung rote Nelken am Denkmal für die Opfer des Pogroms von 1938 nieder. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch antifaschistische und jüdische Widerstandslieder, die vom Freien Chor Stuttgart vorgetragen wurden.

Wolfgang Isele (Text und Bilder) ■

Bibliothek der „FKBF“ eröffnet

Berlin. Im ersten Stock der Berliner Fasanenstraße 4 wurde am 18. November die „Bibliothek des Konservatismus“ eingeweiht. 120 geladene Gäste, so das rechte Wochenblatt „Junge Freiheit“, waren gekommen, um der Eröffnung durch Dieter Stein, Stiftungsratsvorsitzender der „Förderstiftung Konservative Forschung und Bildung“ (FKBF) und zugleich Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, und die Witwe des Stiftungsgründers Caspar von Schrenck-Notzing, Regina Freifrau von Schrenck-Notzing, beizuwohnen.

Zur Beschreibung der Aufgabe der neuen Bibliothek zitierte Stein in seiner Rede den unlängst verstorbenen Publizisten Gerd-Klaus Kaltenbrunner, der 1970 gefordert hatte:

„Es bedarf der Förderung der konservativen Sache in der Publizistik, des Einbruchs konservativer Zeitschriften in die Gruppe der meinungsbildenden Publikationsorgane, der Veranstaltung konservativer Tagungen, Seminare und Kongresse, der Errichtung konservativer Akademien und Bibliotheken“. Die Festrede bei der Einweihung hielt Prof. Dr. Hans-Christof Kraus von der Universität Passau.

Der geschätzte Bestand von 60 000 Titeln, darunter der Büchernachlass des langjährigen Herausgebers der extrem rechten „Criticon“, Caspar von Schrenck-Notzing, steht nun mit 8 Lesearbeitsplätzen und einem Tagungsraum für bis zu 60 Personen Studenten, Wissenschaftlern und Journalisten zur Verfügung. *hma* ■

Flüchtlingsrat protestiert gegen Abschiebung

Stuttgart. Bei einer von der EU-Grenzschutzagentur Frontex koordinierten Abschiebung ab Stuttgart (Flughafen Echterdingen) nach Prishtina wurden ca. 35 Flüchtlinge, vor allem Roma, in das Kosovo, abgeschoben. Der Flug ging mit der Fluggesellschaft Air Berlin. Bei einem weiteren Stopp in Wien wurden weitere Abzuschiebende aus Österreich, Schweden und Norwegen aufgenommen. Der Flüchtlingsrat kritisierte insbesondere, dass die Abschiebungen in die Krisenregion auch mit dem beginnenden Winter fortgesetzt werden. Abschiebungen in das Kosovo führen geradewegs in das soziale Elend. Dies ist im Winter besonders inhuman. Aus Protest gegen diese Abschiebung gab es eine spontane Protestaktion am Flughafen, an der ca. 20 Personen teilnahmen. Mit Transparenten zogen sie durch das Flughafengebäude und informierten Beschäftigte und Passagiere über diese Abschiebung. In der Abflughalle belagerten die Demonstrant/innen vor allem den Schalter der Fluggesellschaft Air Berlin („1. Wahl ab Stuttgart"), über die die Abschiebung durchgeführt wurde (Bild von www.die-beobachter.info).

PM Flüchtlingsrat ■

Roma Abschiebungen aus Hamburg gehen weiter!

Hamburg. Nachdem bereits am 26.10. und am 3.11. trotz vielfältiger Proteste, eingereichter Petitionen sowie vielfacher Solidaritätsbekundungen zwei Familien abgeschoben worden waren (wir berichteten) sind vergangene Woche zwei Familien angesichts der ständigen Behörden-Schikane und der allgegenwärtigen Drohung einer zwangsweisen Rückführung „freiwillig" ausgereist.

Der folgende Text dokumentiert die Stimmung am Tag vor der Abreise:

Sie reisen „freiwillig" aus, weil sie keine andere Wahl haben. Es ist anscheinend die Definition der deutschen (und europäischen) Behörden: freiwillig heißt keine weitere Wahl. Beide Familien haben mit Kraft für ein Bleiberecht für Roma gekämpft und haben an dem politischen und sozialen Leben hier teilgenommen. Z., Familienvater von zwei kleinen Jungs, ist in Deutschland geboren und spricht perfekt Deutsch. Er dachte, Deutschland würde ihn und seine Familie aufnehmen. Aber wegen des Drucks der Ausländerbehörde, der Erniedrigung, die er alle 10 Tage vor dem Sachbearbeiter aushalten sollte und der ewigen Angst, in der Nacht abgeschoben zu werden, hat er entschieden, mit seiner im achten Monat schwangeren Frau zurückzukehren.

Bei der Familie B. in der Unterkunft in Billstieg herrscht eine traurige und seltsame Stimmung: Familienmitglieder und Freunde kommen den ganzen Tag vorbei, um sich bei den 6 Ausreisenden zu verabschieden. Sie werden am nächsten Tag mit dem Bus nach Makedonien fahren. Sie haben ebenfalls die Papiere zur freiwilligen Rückkehr unterschrieben. Obwohl ein tiefer und kalter Winter in Serbien, Kosovo und Makedonien anfängt, werden viele Roma-Familien aus Deutschland in diese Länder abgeschoben. Die Familie B. hat versucht, durch politische Mobilisierung und rechtliche Mittel in Hamburg zu bleiben. Die zwei ältesten Kinder, jeweils 17 und 16, haben innerhalb von ein paar Monaten hervorragend Deutsch gelernt, haben sich in ihrer Schule integriert, haben viele Freundschaften in Hamburg geschlossen. Aïda, die älteste Tochter zeigt uns das Zimmer, in dem schon alle Sachen gepackt stehen. Ein dutzend riesige Taschen steht am Boden: die Familie muss wieder aufbrechen, wieder alles packen und alles verlassen. „Ich hatte bis jetzt nicht richtig festgestellt, dass wir tatsächlich fahren. Das wird langsam traurig das Ganze…" Als wir Aïda kennengelernt haben, sprach sie kein Wort Deutsch. Sie stand immer da mit einem grinsenden Gesicht aber verstand nicht, was die Leute sagten. Nach 9 Monaten Schulbesuch kann sich Aïda problemlos auf Deutsch verständigen. Sie hat sehr gute Beziehungen zu ihren Schulkameraden und Lehrern aufgebaut und kennt alle in Billstieg. „Wir sind alle Freunde".

Aïda machte während des ganzen politischen Prozesses für ein Bleiberecht für Roma mit: Sie war bei den Demonstrationen, vor dem Petitionsausschuss, sie hat Interviews mit anderen Roma-Jugendlichen gemacht und trotz allem muss sie weg. Sie will nicht vor der Kamera sprechen: „Ich habe so viel gemacht, wir haben so viel gekämpft und was hat das gebracht? Wer hat das gehört? Es ist sowieso egal jetzt, wir fahren eh weg…" Sie macht sich große Sorgen wegen der Schule in Kocani, der Stadt wo sie herkommt. „Ich werde bald 18. Ich bin mir sicher: ich habe keine einzige Chance, einen Schulplatz zu bekommen. Es ist so schade, ich hätte so gerne weiter Deutsch gelernt, es ist unfair…" Darüber hinaus werden die Gründe, warum sie in Deutschland nach Schutz gesucht haben,

Ausreisepflicht nach § 50 (1) + (2) AufenthG
bis 16. November 2011
Hamburg, den 1.4.11.11
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres und Sport
Einwohner-Zentralamt
Amsinckstr. 28 · 20097 Hamburg

Quelle: http://romas-in-hamburg.blogspot.com

nicht einfach verschwunden sein, wenn sie in Makedonien ankommen: Zwangsheirat wegen Geldschulden, Diskriminierung in der Verwaltung, auf dem Arbeitsmarkt usw.

Deutschland zwingt die Roma Familien mit verschiedenen Mitteln – von Abschiebungen bis zum Druck zur freiwilligen Rückkehr – auszureisen. Anstatt die Familien zu unterstützen und die unglaublichen Talente und Ressourcen von diesen und ihren Kindern zu schätzen, schiebt Hamburg ab, während die meisten Politiker einfach woanders hingucken. Diese Familien gehören hierhin, die Eltern waren schon in den 90ern hier, die Kinder sind hier geboren, sie haben Deutsch gelernt und sich in die Gesellschaft integriert.

Wir wollen unsere Solidarität mit beiden Familien ausdrücken und die Abschiebepolitik Deutschlands und insbesondere Hamburgs anprangern. Wir wollen auf die perverse „freiwillige Rückkehr" aufmerksam machen, die die Familien dazu zwingt, Deutschland zu verlassen obwohl sie das gar nicht wollen.

Wir werden weiterhin Kontakt mit die-

sen Familien halten, sowie mit denen, die schon abgeschoben worden sind und wir werden nicht schweigen.

Am 15.11.2011 von Roma auf http://romas-in-hamburg.blogspot.com/2011/11/druck-als-zwangsmittel-zwei-roma.html ■

PS: Familie Z. wurde am 16.11.2011 gezwungen auszureisen. – Red.

Verschärfungen beim Härtefallverfahren

Niedersachsen. Dem Flüchtlingsrat Niedersachsen liegt der Entwurf zur Änderung der Niedersächsischen Härtefallkommissionsverordnung vor. Der Entwurf enthält teilweise Verschärfungen: So soll u.a. ein Mindestaufenthaltszeit von drei Jahren festgelegt werden, vor deren Ablauf ein Antrag an die Härtefallkommission nicht zugelassen werden soll. Auch an dem Vorhaben, eine Verurteilung zu mehr als drei Monaten Jugendstrafe als zusätzlichen Ausschlussgrund in die Verordnung aufzunehmen, hält die Landesregierung fest. Geringfügige „Erleichterungen" gibt es bei der Herausnahme fahrlässig begangener Straftaten aus dem Katalog der Ausschlussgründe sowie bei dem – erstmals verkündeten – Vorhaben, eine „Belehrungspflicht der Ausländerbehörden" in die Verordnung aufzunehmen. Weiterhin soll Kirchenasyl jedoch als eine Handlung gewertet werden, mit der sich ein Flüchtling einer Abschiebung entzieht und damit einen Ausschlussgrund erfüllt.

Die Regeln würden damit nicht verschärft, so Schünemann, sondern „der derzeitigen Praxis angepasst". In der Tat wurden bereits in der Vergangenheit Flüchtlinge von einer Beratung in der Härtefallkommission ausgeschlossen, die in einer Kirche Schutz vor einer Abschiebung gesucht hatten. Genau dies ist von den Mitgliedern der Härtefallkommission ja scharf kritisiert worden. Eine Erleichterung ist der vorliegende Entwurf also wahrlich nicht, sondern eine Bekräftigung und Festschreibung der bisherigen restriktiven Praxis.Nach Auffassung des Flüchtlingsrats ist die ganze kleinteilige Debatte um formale Ausschlussgründe absurd: Zulässig erscheint uns lediglich der Ausschluss von Personen, die nicht in Niedersachsen gemeldet sind.

Kein Wort verliert der Innenminister im Übrigen zu der Forderung, endlich auch eine/n Vertreter/in einer Flüchtlingsorganisation als ordentliches Mitglied in die Härtefallkommission zu berufen.

Quelle Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

PRO ASYL unterzeichnet Appell „10 Interventionen gegen Rechts"

Jahrelang konnte eine neonazistische Gruppe mit dem Namen „Nationalsozialistischer Untergrund" unbehelligt rassistische Morde begehen. Immer deutlicher zeigt sich, dass die Ermittlungsbehörden komplett versagt haben, Menschen mit Migrationshintergrund vor den rassistischen Mördern zu schützen. Immer deutlicher wird auch, dass der Verfassungsschutz durch die Bezahlung von sogenannten „V-Leuten" Neonazi-Strukturen zumindest indirekt unterstützt hat.

Angesichts dessen appellieren zahlreiche Initiativen gegen rechte Gewalt und Projekte zur Hilfe von Opfern an die Bundesregierung: In ihrem Appell „10 Interventionen gegen Rechts" fordern sie eine Umkehr in der Politik staatlicher Behörden gegen Rechtsradikalismus. PRO ASYL unterstützt den Appell der Opferberatungsprojekte und der mobilen Beratungsteams gegen Rechts.

www.pro-asyl.de ■

Versammlungsfreiheit auch für Kurdinnen und Kurden!

Berlin. „Das Verbot der bundesweiten Großdemonstration ‚PKK-Verbot aufheben – Demokratie stärken' ist ein staatlicher Willkürakt", erklärt die Abgeordnete Ulla Jelpke anlässlich des am Dienstag Nachmittag vom Berliner Verwaltungsgericht bestätigten Verbots der Demonstration am 26. November in Berlin. Gemeinsam mit rund einem Dutzend weiterer Bundestags-, Landtags- und Europaabgeordneter der LINKEN. hat Ulla Jelpke den Aufruf zu dieser Demonstration der Föderation kurdischer Vereine Yek Kom zum 18. Jahrestag des Verbots der Arbeiterpartei Kurdistans PKK unterzeichnet. Jelpke weiter: „Es ist geradezu zynisch, wie jetzt das PKK-Verbot dafür bemüht wird, eine Demonstration gegen eben jenes Verbot zu verbieten. Ich fordere den Berliner Innensenator und die Polizeiführung auf, unverzüglich das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit sicherzustellen - auch für Kurdinnen und Kurden. Im Dezember berät der Petitionsausschuss des Bundestages über eine Petition zur Aufhebung des PKK-Verbots. Es muss den Unterstützern dieser Petition möglich sein, für ihre Forderungen auf die Straße zu gehen.

Mit ihrer Verbotspolitik gegen kurdische Vereinigungen und Demonstrationen verhindert die Bundesregierung eine demokratische Partizipation kurdischstämmiger Mitbürgerinnen und Mitbürger. Zugleich ermutigt die Bundesregierung so die türkische Regierung zu einem weiteren repressiven Vorgehen gegen die kurdische Demokratiebewegung. Erst gestern wurden in der Türkei über 50 Rechtsanwälte sowie Dutzende Journalisten und Aktivisten festgenommen. Zudem bombardierten türkische Kampfflugzeuge in der Nacht zum Mittwoch erneut kurdische Dörfer im Nordirak."

Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE. ■

Rücksichtlose Bildungspolitik gegenüber Flüchtlingsjugendlichen

Berlin. Neu eingereiste Jugendliche ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen lernen an der Sekundarschule Wilmersdorf in fünf sog. Willkommensklassen. Je nach Sprachstand können die SchülerInnen in die jeweils höhere Stufe oder in eine Regelklasse wechseln. Die Schule nimmt mit diesem Feinstufenmodell eine Vorreiterrolle ein. Nur wenige Schulen haben ein vergleichbares Angebot, in manchen Bezirken gibt es überhaupt keine besonderen Lernklassen. Doch jetzt haben die Senatsverwaltung und das Schulamt Charlottenburg-Wilmersdorf beschlossen, dass alle Flüchtlingsjugendliche, die in anderen Bezirken gemeldet sind, die Sekundarschule Wilmersdorf verlassen müssen. Noch ist ungeklärt, ob sie in ihrem Wohnbezirk überhaupt einen Schulplatz bekommen.

Der Flüchtlingsrat Berlin protestiert aufs Schärfste gegen diese rücksichtslose Behandlung der SchülerInnen und fordert die Schulbehörden auf, von ihrem Vorhaben Abstand zu nehmen.

„Die Jugendlichen lernen sehr gerne, die Schule ist für sie ein wichtiger Ort um ihre traumatischen Fluchterfahrungen aufzuarbeiten. Aus pädagogischer Sicht ist es untragbar, sie mitten im Schuljahr aus ihrem gewohnten Umfeld herauszureißen", sagt Uta Keßler, Mitglied des Flüchtlingsrats Berlin und Leiterin der Arbeitsgruppe „Bildung" im Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und MigrantInnen.

Bisher fehlt in Berlin ein einheitliches Konzept zur Beschulung von Kindern ohne Deutschkenntnisse, eine hohe pädagogische Qualität des Unterrichts für Neuzugänge ist nicht überall gewährleistet. Einige Bezirke bieten gar keine besonderen Lernklassen, in anderen Bezirken gibt es lange Wartelisten für einen Platz in einer „Willkommensklasse".

Darüber hinaus sind viele der betroffenen SchülerInnen 16 Jahre und älter. Für sie wird es schwer, überhaupt einen neuen Schulplatz zu finden: Viele Schulen verweigern Jugendlichen über 16 die Aufnahme, auch wenn diese die im Schulgesetz vorgesehene 10-jährige Schulpflicht noch nicht erfüllt haben (vgl. SchulG Berlin, § 42).

„Es ist immer die Rede von Integration. Doch in diesem Fall zeigen sich die Schulbehörden als größte Integrationsverweigerer. Bezirke und Senat müssen die besonderen Belange der Flüchtlingskinder endlich ernst nehmen! Wir fordern den neuen Bildungssenator bzw. die neue Bildungssenatorin auf, hier einen Schwerpunkt in der kommenden Legislatur zu legen", ergänzt Martina Mauer, Sprecherin des Flüchtlingsrats.

Flüchtlingsrat Berlin, 11.11.2011■

Karneval und Nationalsozialismus: eine Win-Win-Situation

Brauchtumsveranstaltungen wie Karneval bzw. Fasching wurden von der nationalsozialistischen Politik genutzt, um sich und ihre Ideologie zu präsentieren. Dabei instrumentalisierte das NS-Regime den Karneval für seine Zwecke und band die Akteure (Karnevalsgesellschaften, Vereine und Personen) in die eigene menschenverachtende Politik ein. Aber zum Instrumentalisieren gehört eben auch das Instrumentalisieren-Lassen und zum Einbinden das Einbinden-Lassen. Daher muss man sagen, dass der Kölner Karneval und die Nationalsozialisten eng miteinander verbunden waren und voneinander profitierten. Z. B. stabilisierten die Roten Funken das nationalsozialistische System, indem sie zu nationalen und internationalen Veranstaltungen reisten und so die Einheitlichkeit des deutschen Karnevals demonstrierten. Im Gegenzug profitierten die Kölner Karnevalisten von der Modernisierung und Effektivierung des Karnevalsbetriebs: Karneval erfuhr durch die nationalsozialistische Gleichschaltung einen Aufschwung, wurde im ganzen Reich aufgewertet und werbewirksam in Szene gesetzt.

Antsemitische Fußtruppe im Kölner Rosenmontagszug 1938

Nachdem sich der deutsche Mainstream am Ende der 90er Jahre schweren Herzens von der Legende der sauberen Wehrmacht und Mitte des letzten Jahrzehnts vom Mythos des unpolitischen Sports verabschieden musste, wird dieser Tage wieder mit einem Ammenmärchen aufgeräumt: Karneval in Köln war mitnichten ein Hort des Widerstands und eine nazifreie Zone, wie jahrelang propagiert wurde. Jahrzehntelang behaupteten Karnevalisten – Verbände, Vereine und Personen –, dass der Kölner Karneval ein geistiges Widerstandszentrum gewesen sei. Immer wieder wurden einzelne Personen hervorgehoben, um diese These zu untermauern, z. B. Karl Küpper, ein sehr bekannter Büttenredner, der 1939 Redeverbot erteilt bekam, weil er sich auf den Bühnen immer wieder über die nationalsozialistischen Machthaber lustig gemacht hatte. Aber Karl Küpper war eine Ausnahme, es gab insgesamt sehr wenige, die sich krtisch zeigten. Vor allem war es im deutschen Karneval ab 1933 äußerst schick geworden, antisemitische Hetze zu betreiben.

Antisemitische Tendenzen gab es in Karnevalsgesellschaften bereits in den 20er Jahren, dennoch hatten viele Mitglieder einen jüdischen Hintergrund. Für sie wurde es ab 1933 aber immer schwieriger, sich aktiv am Vereinsleben zu beteiligen. In Köln wurde z. B. das Vorstandmitglied Hermann Schütter 1933 durch einen einflussreichen Karnevalsvereinspräsidenten als Halbjude denunziert. Er blieb aber dennoch Vorstandsmitglied bis zur Jahreswende 1935/36. In den meisten Vereinen wurde sich allmählich der jüdischen Kollegen entledigt. Fortan vermied der deutsche Karnevalist jeglichen Kontakt zu den ehemaligen jüdischen Mitgliedern. Nach 1933 diffamierten immer mehr Stimmungslieder, Reden und Mottowagen Juden – so unterstützten die Narren vollkommen freiwillig die NS-Ideologie. Spätestens damit war man auch als Karnevalist in der Volksgemeinschaft der Nazis angekommen und mitschuldig am menschenverachtenden System. Insgesamt war der Karnevalist also nicht schlechter, aber eben auch nicht besser als die lokale, regionale und deutschlandweite Bevölkerung.

Karl Küpper: Eß et am rähne?
Aus Fritz Bilz, Unangepasst und widerborstig, Der Kölner Karnevalist Karl Küpper 1905-1970

Seit dem 16. November klärt eine Ausstellung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln über diese Verflechtungen und Wirkungszusammenhänge des Kölner Karnevals und der nationalsozialistischen Politik auf. Besuchen kann man die Ausstellung im EL-DE-Haus dienstags bis sonntags. Mehr Informationen erhalten Sie unter: www.nsdok.de

Marie Kuster ■

Bedarfsstudie zum Erhalt der europäischen KZ-Gedenkstätten

Ausgehend von dem eindringlichen Appell von KZ-Überlebenden aus dem Jahr 2009, den Erhalt der Gedenkstätten als europäische Aufgabe zu begreifen und Verantwortung zukünftig gemeinsam zu tragen, unternimmt der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V., finanziell unterstützt vom deutsch-tschechischen Zukunftsfond und dem European Shoah Legacy Institute (ESLI), nun die für eine Neuordnung der Zuständigkeiten notwendigen ersten Schritte: Eine Bedarfsabfrage bei Gedenkstätten, die innerhalb der europäischen Union liegen, soll in den kommenden neun Monaten die Datengrundlage schaffen, auf deren Basis ein europäisches Finanzierungskonzept dieser Erinnerungs- und Lernorte erstellt werden kann. Bei der Befragung der verschiedenen Institutionen wird es nicht allein um bauliche Mängel und laufende Kosten für den Unterhalt gehen, vielmehr sollen auch Daten zur pädagogischen Arbeit erhoben werden. Dadurch kann, unabhängig von Größe und historischer Bedeutung des „Tatorts", festgestellt werden, welche Einrichtungen sich als Lernorte national und international etabliert haben. Das Kölner Projektteam wird bei diesem Vorhaben inhaltlich eng mit den Kooperationspartnern ESLI, dem Internationalen Auschwitz-Komitee sowie dem Verband der befreiten politischen Häftlinge und ihrer Angehörigen zusammen arbeiten. Im Sommer 2012 sollen die Ergebnisse der Studie veröffentlicht werden.

Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
www.nsberatung.de ■

Druckfrisch: DISS-Journal 22 erschienen

Das DISS-Journal 22 ist erschienen – und kostenfrei als pdf-Datei beim DIS-Sherunterzuladen. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe trägt den Titel „Arabischer Frühling, westlicher Herbst?“:

Ein neues Protestlabel hat die Welt erobert: „Occupy!“ heißt es auf den Straßen von Sydney und Oakland bis Tel Aviv und Hongkong. Im Internet lassen sich die Proteste in Echtzeit verfolgen. Immer wieder berufen sich die europäischen, israelischen und US-amerikanischen Bewegungen auf den ‚arabischen Frühling‘. In dessen Ursprungsland, also Tunesien, hat die Bevölkerung nun ein knappes Jahr nach dem Beginn der Jasmin-Revolution eine verfassungsgebende Versammlung gewählt – und dabei auch religiös-konservative Politikansätze gestärkt. Was haben die westlichen Protestbewegungen mit den demokratischen und sozialen Aufständen in der arabischen Welt zu tun? Hängen sie überhaupt zusammen? Auf welche Werte berufen sich die Aktiven jeweils, und welche Begründungstraditionen werden thematisiert? Welche Tendenzen sind zu erkennen und wie könnte es weitergehen? Diesen Fragen widmet sich unser Schwerpunkt:

◗ Athen: Metropolitane Blockade, direkte Demokratie
Von Margarita Tsomou, Vassilis Tsianos, Dimitris Papadopoulos.

◗ Spanien: Die Rechte nutzt die Unzufriedenheit über die Soziale Ungerechtigkeit aus
Von Xavier Giró.

◗ „Unser Schutzschild ist das Buch!“ Stimmen aus dem Studierendenkollektiv, Fakultät Politikwissenschaften, Universität Sapienza, Rom. *Das Gespräch führte Jörg Senf.*

◗ Die israelische Protestbewegung: to eat the cake and have it
Von Moshe Zuckermann.

◗ „Ich spreche über die Veränderung der grundlegenden Werte“ Rede zur Versammlung Occupy Wall Street, am 6. Oktober 20111, *von Naomi Klein.*

◗ „Wenn man über das Militär spricht, dann spricht man über Geheimnisse…“ *Ein Interview mit Mohammed Abdel Rahem. Das Gespräch führte Jobst Paul.*

◗ Wie finanzieren wir nach der Revolution die soziale Gerechtigkeit in Ägypten? *Von Wael Gamal*

◗ Die Sonne – neuer Rohstoff des Postkolonialismus. Desertec und die ewig gleichen Gerechtigkeitsvorstellungen europäischer Konzerne. *Von Thomas Wachtel.* Freiheit ja! – Gerechtigkeit nein!

◗ Eine Allianz zwischen arabischem Kulturkonservatismus und den Konzernen könnte die Occupy-Bewegung in Bedrängnis bringen. *Ein Kommentar von Jobst Paul.*

Download:
http://www.disskursiv.de/ ■

informationen Nr. 74 zum Thema Massenmedien im Nationalsozialismus

Die Beeinflussung und Lenkung der Medien war ein entscheidendes Instrument der Nationalsozialisten zur Durchsetzung ihrer Ziele. Mit Presse, Radio, Film und dem gerade aufkommenden Fernsehen – der NS-Staat setzte konsequent auf die Macht der Medien. Die jüngste Ausgabe der informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933 – 1945 gibt einen Überblick über die Medien des Regimes – und seiner Gegner. Der Historiker Guido Schorr stellt die Lage der Presse und der Journalisten zur Zeit der „Machtergreifung“ vor. Er zeigt, wie die NS-Bewegung die Zeitungspresse „in den Griff bekam“. Während ein Teil der Journalisten verfolgt, getötet oder ins Exil gezwungen wurde, wurden viele andere zu Handlangern des Systems. Ansgar Diller befasst sich mit der NS-Propaganda im Radio.

Wie im Exil und aus dem Exil heraus gegen das NS-System journalistisch gearbeitet wurde, zeigen die Beiträge von Christian Zech und Wolfgang Mühl-Benninghaus exemplarisch. Während Christian Zech die Emigrantenpresse in den USA und besonders die Zeitschrift „Aufbau“ vorstellt, widmet sich Wolfgang Mühl-Benninghaus der (heutzutage nahezu unbekannten) Arbeit von „Radio Moskau“.

Wie das Hören von sog. „ausländischen Feindsendern“ vom NS-Staat verfolgt wurde und wie sich diese Verfolgung radikalisierte zeigt schließlich Wolfgang Form auf.

Darüber hinaus stellt Jörg Wollenberg unter der Überschrift „Hunden und Juden ist das Baden verboten“ die spannenden Tagebücher von Kurt Fritz Rosenberg vor, die derzeit editiert werden.

Die „Materialien zur historisch-politischen Bildung“ wurden für die vorliegende Ausgabe von Angelika Rieber zusammengestellt und zeigen eine NS-Pressekampagne gegen eine Frankfurter Lehrerin dar.

Ein umfangreicher Rezensionsteil rundet schließlich die informationen ab.

Einzelhefte sind für 5,50 Euro (plus Versandkosten) sind erhältlich beim Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, Tel. (069) 72 15 75, Fax (069) 71 03 42 54, studienkreis@widerstand-1933-1945.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Moscheebau in Ehrenfeld

Junge Freiheit Nr. 46/11
vom 11.November 2011

Der öffentlich ausgetragene Streit zwischen Ditib, dem Bauherrn der Moschee in Köln-Ehrenfeld, und dem Architekten um die explodierenden Baukosten, angebliche Baumängel und die Farbe der Moschee nimmt das Blatt zum Anlass, um nachzuschieben: Nicht im Artikel, sondern in Überschrift und Bildunterschrift legt das Blatt nahe, der bestehende interkulturelle Dialog sei nur vorgeschoben, eigentlich gehe es um Islamisierung. Die Auseinandersetzung bietet dem Blatt den Anlass, auch noch gleich gegen den geplanten Bau einer Moschee in Remscheid zu hetzen.

Keine Hoffnung mehr in Konservative in der CDU

Junge Freiheit Nr. 46/11
vom 11. November 2011

Der Verlauf des CDU-Parteitags bestärkt das Blatt in seiner Auffassung, die CDU sei nun entgültig für Rechtskonservative verloren. Sie sei eine Partei der Pragmatiker, die nicht nur beim Euro, sondern auch in der Schuldebatte und in der neuen Debatte um den Mindestlohn christlich-konservative Positionen räume. Die CDU werde sich nicht auflösen oder untergehen, aber: „Ziemlich sicher ist nur, dass sie nicht mehr wird, was sie nie war: eine konservative Parteil." Das ist enttäuschend für das Blatt, das immer gehofft hatte, unter dem Deckmantel der christlich-konservativen doch noch zu einer rechten Parlamentspartei in der Bundesrepublik zu kommen.

Neonazi-Mordserie – das Blatt zweifelt

Junge Freiheit Nr. 47/11
vom 18. November 2011

Die jüngst ans Licht gekommene Mord- und Anschlagserie, die von einer Neonazi-Gruppe verübt worden ist, ist für das Blatt Anlass, an der Täterschaft zu zweifeln: Der Zeitpunkt, zu dem die Mordserie bekannt geworden sei, sei gut gewählt. So wolle die Politik ablenken von der Eurokrise, die dazu führe, dass sich „unsere Ersparnisse, Lebensversicherungen und Altersvorsorgen" gerade auflösten: „Die Enthüllungen über eine neonazistische Terrorzelle bieten eine willkommene Ablenkung: weg vom kriselnden Euro und hin zum ewigen Hitler in uns. Eine kontrollierte Hysterie könnte psychologisch den Boden bereiten für geplante Gesetzes- und Verfassungsänderungen."

Welche das Blatt meint, bleibt im Dunkeln. Noch kann die Bevölkerung dieses Landes sehr gut unterscheiden zwischen Maßnahmen zur Banken- und Eurokrise und Maßnahmen zur Zentralsierung des Verfassungsschutzes.

In derselben Ausgabe gibt das Blatt der rechtsextremen Szene Raum: Es zitiert ausführlich aus dem 2010 erschienenen Lied „Döner-Killer" der rechtsextremistischen Band „Gigi und die braunen Stadtmusikanten", das es zwar als perfide bezeichnet, aber in den wichtigsten Passagen abdruckt.

Kampf gegen rechts bringt Rechte hervor?

Junge Freiheit Nr. 48/11
vom 25. November 2011

Die Mordserie und ihre Hintermänner und Täter beschäftigen das Blatt weiter. Es nimmt keinen Abstand von der Theorie, die Mordserie sei eigentlich nicht der Neonazi-Szene zuzurechnen, sondern verweist auf ältere Artikel des „Spiegel", in dem dieser die bekannten Theorien von Mafia, Rauschgift und Familienzwisten aufbereitet hatte.

Da inzwischen absehbar ist, dass die staatlichen Kürzungen bei den Programmen gegen Rechtsextremismus in der öffentlichen Kritik stehen, entwickelt das Blatt dagegen eine eigene Theorie: Der Kampf gegen Rechts habe den Rechtsextremismus bestärkt:

„Wenn seriöse und sachlich begründete Einwanderungs- und Islamkritik mit Denkverboten belegt und jeder konservative und rechtsdemokratische politische Ansatz mit der Neonazi-Keule erledigt wirde, leistet gerade das der extremistischen Polarisierung Vorschub." *uld* ■

NPD fordert Abzug von V-Leuten aus der Partei

Die NPD reagiert auf Berichte über ihre Verbindungen zum „Nationalsozialistischen Untergrund" als verfolgte Unschuld. Das Verbotsgeschrei sei eine „allzu leicht erkennbare und aufgesetzte Kriminalisierung eines politischen Gegners". Die NPD fordere seit langem den Abzug der V-Leute aus ihren Reihen.

Der neue NPD-Parteivorsitzende Holger Apfel forderte alle Mitglieder auf, „Anwerbeversuche des Verfassungsschutzes unverzüglich zu melden. Wir werden jedem Anwerbeversuch nachgehen und alle uns bekannt gewordenen Informationen in die Öffentlichkeit bringen." In seiner Eigenschaft als NPD-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag wies Apfel darauf hin, dass man einen dringlichen Antrag „Sofortiger Abzug aller V-Leute aus der NPD" auf die Tagesordnung des Landesparlaments setzen lassen wolle.

Quelle: PM NPD Bundessprecher ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

3000 Euro bis Jahresende! Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten

Bisher sind Spenden in Höhe von:

940,– Euro

eingetroffen.
Wir danken allen Spenderinnen und Spendern.

Um bis Jahresende das Spendenziel zu erreichen, brauchen wir noch viele weitere Spenden. Jeder kleine Betrag hilft. Bitte überlegt noch mal, ob und wieviel Ihr dazu beitragen könnt, das Erscheinen der Antifaschistischen Nachrichten zu unterstützen.

Spendenkonto:
GNN-Verlag, Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Kontonummer: 10419507